Fragen der Freiheit

Silvio Gesell
John Maynard Keynes

Heft 270
II/2005

»Der moderne Mensch ist Individualist und Weltbürger.«

»Der Mensch will für sich allein, als Persönlichkeit, nicht als Teil einer Masse, einer Herde betrachtet sein, und insofern kann jeder für sich das Recht beanspruchen, für sich allein einen Typ, eine Rasse darzustellen.«

»Der Kurzsichtige ist selbstsüchtig, der Weitsichtige wird in der Regel bald einsehen, dass im Gedeihen des Ganzen der eigene Nutz am besten verankert ist.«

»Armut ist eine Kette, und Reichtum ist eine Kette, und der Anblick von Ketten muss jedem Freien ein Greuel sein. Wo er sie sieht, muss er sie brechen. «

»Wer den Völkerfrieden will, muss wissen, dass er ihn nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann.«

»Demokratie wird Plutokratie sein und bleiben, bis wir die wirtschaftlichen Grundlagen für eine wahre Demokratie geschaffen haben.«

»Wenn wir das Geld so gestalten, dass der Druck, unter dem das Warenangebot steht, auch auf das Geldangebot übertragen wird, so fällt die Übermacht des Geldes dahin.«

»Das Geld soll wie die Eisenbahn sein, weiter nichts als eine staatliche Einrichtung, um den Warenaustausch zu vermitteln. Wer sie benutzt, soll Fracht bezahlen.«

»Die Erde gehört zum Menschen, sie bildet einen organischen Teil seiner selbst.«

»Jedoch ist dem Menschen nicht, wie der Pflanze, mit einem Teil der Erde gedient; er braucht die ganze Erde, und zwar braucht jeder einzelne Mensch die ganze Erde ungeteilt.«

»Durch die Bodenverstaatlichung kommt jedes Kind als Grundstückseigentümer zur Welt.«

»Großes Hoffen gibt große Ruh.«

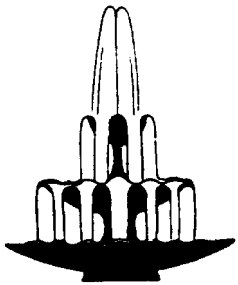
Silvio Gesell
1862–1930

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 270

II/2005



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

Thomas Huth
Silvio Gesell heute – Gedanken zur 75. Wiederkehr seines Todestages 3

Dirk Löhr
Gesells Kampf gegen die Währungspolitik seiner Zeit 4–24

Thomas Huth
Die Quantitätstheorie des Geldes – Eine keynesianische Reformulierung 25–36

Fritz Andres
Der Boden als Privileg und Kapitalgut – Zugleich eine Strukturskizze zum Zusammenhang der Forderungen nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 37–53

Werner Onken
Auf den Spuren Silvio Gesells in Argentinien – Ein Reisebericht 54–60

Thomas Huth
Wer war eigentlich – John Maynard Keynes? 61–64

Die Autoren dieses Heftes 53

Silvio Gesell heute – Gedanken zur 75. Wiederkehr seines Todestages[1]

Thomas Huth

Vieles von dem, was Gesell erstrebte, ist – worauf die Initiatoren der Tagung *Silvio Gesell – Wegbereiter einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus* mit Recht hinweisen – unserer Generation zum wirtschaftspolitischen Allgemeingut geworden. Die Abkehr von der Goldwährung, das Konzept einer preisniveauorientierten Geldmengensteuerung durch unabhängige »Währungsämter« (sprich Zentralbanken) sowie das grundsätzliche Bekenntnis zu Markt und Wettbewerb auch derer, die sich durchaus auch einigen großen sozialistischen Denkern verpflichtet fühlen: dies war vor fünfundsiebzig Jahren zweifellos noch gesellschaftspolitische Utopie. Heute ist es relativ unbestrittene Grundlage der (Wirtschafts-) Wissenschaft und der Politik.

Wer will, mag selbst im Konzept der Tolerierung eines »unvermeidbaren Preisanstiegs« von z. Zt. zwei Prozent in Europa den, wenn auch noch so unvollkommenen Kern von Gesells Forderung eines umlaufgesicherten Geldes erblicken. Dies alles ist vor dem Hintergrund der historischen Tatsache, dass Gesells Visionen oft genug verlacht, häufiger aber noch gänzlich ignoriert wurden, eine mehr als beachtliche Tatsache.

Dennoch sehen wir in Gesells sozialreformerischem Wirken – und als Sozialreformer sah er sich auch selbst – für uns Heutige Weiter- und Tiefergehendes als das Streben nach einzelnen währungspolitischen Reformmaßnahmen– und seien sie noch so bedeutungsvoll. Gesells Vision einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft, die er die *Natürliche Wirtschaftsordnung* nannte, erscheint uns gerade heute, in einer Zeit also, in der die unbarmherzigen Gesetzmäßigkeiten einer von den Finanzmärkten wesentlich dominierten kapitalistischen Marktwirtschaft die Schlagzeilen beherrschen, als eine *befreiende Tat.* Gesell öffnet die Augen und er weist einen realistischen Weg, um aus der unheilvollen Alternative *Planwirtschaft oder Kapitalismus* und den das intellektuelle sowie das sozialreformerische Denken blockierenden Dichotomien *Freiheit oder Gleichheit, Effizienz oder Gerechtigkeit* etc. zu entkommen.

Silvio Gesells Gedanken befreien uns aus dem Zwang, den Kapitalismus zu akzeptieren, weil der Kommunismus nicht akzeptiert werden kann. Hierin sehen wir seine Bedeutung, aktuell und in der Zukunft. Dies meinte auch Keynes, der wohl bekannteste Wirtschaftstheoretiker des 20. Jahrhunderts, als er nur sechs Jahre nach Gesells Tod prognostizierte, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von dem von Karl Marx lernen werde.

[1] Aus der Erinnerung reformulierter Diskussionsbeitrag aus der gemeinsamen Tagung der INWO-D (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung) und des Seminars für freiheitliche Ordnung über »Silvio Gesell – Wegbereiter einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« am 20. –22. Mai 2005 in Bad Boll.

Gesells Kampf gegen die Währungspolitik seiner Zeit*)

Dirk Löhr

1. Einleitung/Ziel

Ziel einer »wissenschaftlich« geführten Debatte sollte es immer sein, zu allgemeingültigeren Wenn-Dann-Aussagen oder zumindest zur Identifizierung bestimmter Strukturen zu kommen. Der nachfolgende Aufsatz möchte auch nicht das kolportieren, was z. B. bei *Hans-Joachim Werner*[1], *Günther Bartsch*[2] oder in der von *Werner Onken* bearbeiteten Gesamtausgabe von *Gesell*[3] jeder selbst nachlesen kann. Verweise mögen daher genügen. Der Verfasser ist kein Historiker und möchte nicht in fremden Gefilden »wildern«. Nachfolgend werden aus Platzgründen auch gemeinhin akzeptierte historische Fakten lediglich angeführt, nicht aber ausführlich durch Literatur nachgewiesen.

Anstatt einer deskriptiven Darstellung der historischen Fakten soll vielmehr eine Strukturierung und Analyse der intellektuellen Auseinandersetzung erfolgen, die *Gesell* zu seiner Zeit führte. Dabei wird zunächst die Auseinandersetzung als ein Kampf rivalisierender Theorien verstanden. Hierbei möchte ich auf die Metatheorie *Kuhns* mit seiner »Struktur wissenschaftlicher Revolutionen«[4] Bezug nehmen. Es wird allerdings deutlich werden, dass die Sichtweise *Kuhns* nicht ausreicht, um den geringen Widerhall von *Gesells* Bemühungen in der herrschenden Lehre zu erklären.

2. Die rivalisierenden Paradigmen zu Gesells Zeit

Der auf *Thomas Kuhn* zurückgehende Begriff des »Paradigmas« ist unscharf und widersetzt sich einer exakten Definition, was auch häufig kritisiert wurde. Am ehesten dürfte unter einem »Paradigma« eine gemeinsame,

*) Vortrag, gehalten auf der auf Seite 3, Fußnote [1]) genanntenTagung.

1 H.-J. Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung – 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Münster / New York 1990.

2 G. Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – Geschichtlicher Grundriss 1891 – 1992/93, Lütjenburg 1994.

3 Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung (Hrsg.), S. Gesell, Gesammelte Werke, Lütjenburg 2000.

4 T.S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1976.

von der »normalen Wissenschaft« akzeptierte, forschende Weltsicht zu verstehen sein, die im anerkannten Theoriegebäude sichtbar wird. Ein solches Paradigma wird in den Lehrbüchern dargestellt, so dass die Wissenschaftler von einer gemeinsamen Grundlage ausgehen können, die nicht immer wieder neu definiert werden muss. Die wichtigsten miteinander rivalisierenden Paradigmen zu *Gesells* Zeiten waren:

– speziell im Geldwesen und in der Bewertungstheorie noch die klassische Theorie (mit ihrer objektiven Wertlehre)
– die die Klassik ablösende Neoklassik (mit ihrer subjektiven Wertlehre) und
– als die bürgerliche Wissenschaft nur in Teilen durchdringendes Konzept die marxistische Theorie.

Dabei beschäftigte sich die neoklassische und die marxistische Theorie mit sehr unterschiedlichen Gebieten, so dass es nur wenig Überschneidungen und inhaltliche Auseinandersetzungen gab. In zentralen Annahmen (so v. a. der Rolle des Geldes) gab es sogar eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den angeblich so unterschiedlichen Ansätzen.

Gesell selber stellte ein „Außenseiter-Paradigma« auf, indem er das Bekenntnis zur Marktwirtschaft mit einer »tauschsozialistisch« fundierten Kapitalismuskritik verband (und insoweit die Nachfolge *Proudhons* antrat). *Keynes* Theorie war, als *Gesell* seine wichtigsten Schriften verfasste, in der heute bekannten Form noch nicht formuliert; der Außenseiter *Johanssen*[5] wurde (bis heute) nicht zur Kenntnis genommen.

M.E. ist, bezogen auf die vorgenannten rivalisierenden Gedankenwelten, der Kuhn´sche Begriff des Paradigmas zu eng gefasst. Es handelte sich insbesondere bei Neoklassik und Marxismus nicht nur um Paradigmen, sondern um tragende Ideologien. Der Begriff Ideologie (griechisch ιδεολογία – die Ideenlehre) wurde im Verlauf seiner Begriffsgeschichte auf vielfältige Weise bestimmt, so dass eine allgemein gültige Definition schwer angegeben werden kann. Als essenzielle Merkmale nahezu aller Definitionen können aber gelten[6]:

[5] N.A.L.J. Johannsen, Depressoinsperioden und ihre einheitliche Ursache, New York 1903.- Ders., Die Steuer der Zukunft, 2. Teil: Depressionen, Berlin 1913.

[6] Der Begriff wurde vom Philosophen Destutt de Tracy (*Eléments d'idéologie,* Paris 1801) geprägt. Die Schule der Ideologen verstand sich als Gegenströmung zum Rationalismus von René Descartes. Napoleon benutzte den Begriff gezielt abwertend, ebenso Marx und Engels, die den Begriff im Zusammenhang mit der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft wieder aufgriffen. Neben weiteren sozialistischen Autoren wurde der Begriff auch von bekannten Philosophen (Schopenhauer, Nietzsche, Pareto, Tönnies, Mannheim, Topitsch, Popper, Albert, Russell, Althusser und Habermas) thematisiert.

– Ideologie ist Verfälschung der Wirklichkeit. Es handelt sich also um ganz oder teilweise ungültige oder wissenschaftlich nicht haltbare Aussagen über die Realität;
– Diese Verfälschung ist interessegeleitet, dient also, bewusst oder unbewusst, der Durchsetzung von bestimmten – in der Regel der eigenen – Interessen und Zielen.

Es geht insoweit bei einer Ideologie also nicht um Erkenntnisgewinn i. S. von *Kuhn* – es geht vielmehr um die Unterstützung von Interessen, um Macht.[7] Die Abgrenzung von der Ideologie wurde zu einem konstitutiven Bestandteil der im Zuge der Aufklärung entstandenen neuen Wissenschaften, die sich im Gegensatz zur Ideologie und zum Glauben als wertfrei, neutral und objektiv setzten. Von manchen Wissenschaftstheoretikern (u. a. *Bruno Latour*[8]) wird diese Entgegensetzung von Ideologie und Wissenschaft jedoch als moderner Machtmechanismus und Verschleierungstechnik der Aufklärung angesehen.

Wir werden also den Kampf *Gesells* auch als ein Stück Ideologiekritik zu verfolgen haben. Ideologiekritik beginnt mit der wissenschaftlichen Analyse der Theorie, auf die sich eine Ideologie beruft. Nach *Popper* ist jede Theorie vorläufig, muss sich der Überprüfung stellen, und aufgegeben werden, wenn sie widerlegt wird. Eine falsche oder nicht falsifizierbare Theorie allein ist allerdings noch keine Ideologie. Dazu wird sie erst, wenn sie bewusst zur Verfolgung bestimmter – außerwissenschaftlicher – Ziele und Interessen konzipiert und verbreitet wird. Die zweite Komponente der Ideologiekritik wäre also die Offenlegung dieser Ziele und Interessen.

Vor allem die Neoklassik und der Marxismus dienten der Stützung von Machtapparaten. So stellte und stellt die Neoklassik das intellektuelle Fundament für das herrschende ökonomische System, die herrschende Klasse, viele herrschende Einrichtungen und Institutionen dar. Die marxistische Theorie hingegen stützte den Komplementärapparat, nämlich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Auch umgekehrt erfuhren (und erfahren) die betreffenden Paradigmen Support durch die jeweiligen, konkurrierenden Machtapparate. Diese Feststellung ist m.E. wichtig – an dieser Stelle greift der *Kuhn´*sche Ansatz definitiv zu kurz: Er lässt das Zusammenspiel von Wissenschaft und Machtapparaten außen vor. Der Fortschritt der Wirtschaftswissenschaften ist jedoch

[7] Max Weber definiert »Macht« als »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.« (Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1976, S.28.

[8] B. Latour, *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft.* Frankfurt am Main 2002.

– noch wesentlich stärker als derjenige der Naturwissenschaften – vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Machtkonstellationen zu sehen. Die herrschenden Wirtschaftslehren sind eben meist auch die Wirtschaftslehren der Herrschenden; sie sind Ideologien zur Verteidigung und Festigung von Interessen.

3. Währungspolitische Probleme zu Gesells Zeit

Nach *Kuhn* erlangen Paradigmen *»ihren Status, weil sie bei der Lösung einiger Probleme, welche ein Kreis von Fachleuten als brennend erkannt hat, erfolgreicher sind als die mit ihnen konkurrierenden.«*[9] Nachfolgend werden zunächst einige drängende nationale und sodann internationale Probleme beschrieben. Es wird gefragt, welche Theorien bei der Lösung derselben erfolgreicher waren und ob sie sich als (herrschende) Paradigmen durchsetzen konnten. Es wird gezeigt, dass die Lehre *Gesells* die Kraft hatte, die anstehenden Probleme zu lösen, sich aber dennoch in der »Fachwelt« nicht durchsetzen konnte. Dies spricht gegen die Sichtweise Kuhns.

3.1. Gründerkrise, schwankende Goldversorgung als Folge der Goldwährung

(Historische) Tatsachenfeststellungen sind immer bis zu einem gewissen Grade durch Theorie geleitet. Je nach der Brille, die sich der Betrachter aufsetzt, werden bestimmte Fakten gefiltert, hervorgehoben, weggelassen bzw. nicht wahrgenommen. Durch die »Brille« der Freiwirtschaftslehre betrachtet, war wohl das größte währungspolitische Problem zu *Gesells* Zeiten die Goldwährung bzw. die Goldkernwährung. Hierdurch wurden *Gesells* wissenschaftliche Untersuchungen wohl auch erst angestoßen:

– Die Gründerkrise wird im Jahr 1873 verortet. Diese Krise erstreckte sich nicht nur auf Deutschland. Dies wird deutlich, wenn der währungspolitische Hintergrund betrachtet wird: In zwei Münzgesetzen (1871 und 1873) hatte Deutschland neben der älteren Silberwährung die Goldwährung eingeführt. Es folgte damit dem Beispiel Englands, das schon seit 1816 eine Goldwährung besaß. Durch eine Bekanntmachung des Bundesrates vom 27.6.1907 wurde die Silberwährung in Deutschland schließlich ganz abgeschafft. Zwar wurden Banknoten ausgegeben, allerdings mussten diese zu einem Drittel durch Gold und zu zwei Drittel durch Handelswechsel gedeckt sein (Goldkernwährung).

[9] Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. 1979, S. 37.

– Der Übergang zur Goldwährung war v.a. durch die französische Kriegsentschädigung möglich gewesen. 1872 folgten Dänemark, Schweden und Norwegen dem deutschen Beispiel, 1873 Österreich, sodann Frankreich und Belgien. Denselben Weg gingen Japan, Österreich, Ungarn und Russland in den 90er Jahren. In den USA wurde die silberfreundliche Währungspolitik 1893 aufgegeben, 1900 wurde der Golddollar die offizielle Währungseinheit.
– Während durch den Übergang vieler Staaten zum Goldstandard die Nachfrage nach Gold stark anstieg, ging nach 1873 die Goldproduktion sehr stark zurück. Gleichzeitig sank der Silberpreis.
– Die Anhänger des Bimetallismus (welche auch große Teile der deutschen Landwirtschaft für sich gewinnen konnten) behaupteten, dass der mit der Gründerkrise einhergehende Preisverfall auf die Einführung der Goldwährung zurückginge. Nach ihrer Meinung war es unmöglich, allein auf der schwankenden Basis der Goldmenge, die ja von den Goldfunden abhängig ist, ein angemessenes Verhältnis von Gütermenge zu Geldmenge herzustellen.
– Erst nach 1890 konnte die Goldproduktion aufgrund der Erschließung neuer Goldfelder in Transvaal und Kanada sowie der gesteigerten Produktion in Australien wieder ausgeweitet werden. Der Auffassung der Bimetallisten, das Gold-Geld sei zu knapp, wurden u. a. die hohen Bankgeldbestände und die niedrigen Zinsen entgegengehalten; dies wurde als Beweis dafür angeführt, dass es doch viel zu viel Geld gäbe.[10]
– Der einsetzende Aufschwung dauerte bis 1912 und wurde nur kurz durch die Krise von 1907/08 unterbrochen.
– In Deutschland endet der Goldwährungsspuk – vorübergehend – mit dem Gesetz vom 4.8.1914, durch das die Reichsbank von der Goldeinlösungspflicht des Geldes entbunden wurde. Hintergrund war die Kriegsfinanzierung. Durch die Ausgabe von Reichsschatzwechseln, welche die Reichsbank diskontieren musste, sowie die Berechtigung der Bank, neben Handelswechseln der Wirtschaft auch Schatzwechsel des Reiches verwenden zu können, trat man den Weg in eine bedenkliche Entwicklung an. Hier wurde die Ursache für die bis 1923 dauernde deutsche Inflation gelegt.
– Nach Kriegsende verzeichnete Deutschland im Januar 1919 eine Zahl von einer Million unterstützten Arbeitslosen. Diese ging 1920-22 wieder zurück, schnellte aber 1923, verbunden mit einer massiven Inflation, wieder in die Höhe. Der Notenstand der Reichsbank betrug Ende 1922

[10] S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Lauf bei Nürnberg 1949, S. 192.

1,2 Billionen Mark (die verschiedenen regionalen Notgelder sind hier nicht eingerechnet). Mitte November 1923 wurde die Summe von 92,8 Trillionen Mark erreicht.

- Das Bezahlen der Reparationsschuld (insgesamt 132 Mrd. Goldmark, festgelegt durch die Londoner Konferenz 1921, welche die Ergebnisse des Versailler Vertrages insoweit konkretisierte) fiel dem Reich zunehmend schwer, da der Kurs der Mark im Verhältnis zum Dollar stetig fiel. Französische und belgische Truppen besetzten 1923 das Ruhrgebiet, als Deutschland mit seinen Reparationsleistungen schließlich in Verzug kam.

– Angesichts dieser Situation wurde im November 1923 ein Währungsschnitt gemacht und die Rentenmark eingeführt. Hjalmar Schacht, der am 12.11.1923 zum Währungskommissar ernannt wurde, hielt an einer konsequenten Deflationspolitik der Rentenmark fest. Schacht strebte an, die Mark wieder durch Gold zu decken. Dieses Ziel konnte Schacht (trotz des Widerstandes einiger Reichstagsabgeordneter, darunter auch der deutschnationale Abgeordnete Helfferich) mit der Dawes-Anleihe vom 10.10.1924 bzw. dem Young-Plan verwirklichen. Die noch im Dawes-Plan enthaltene Wertsicherungsklausel wurde im Young-Plan nicht mehr aufgenommen, was Deutschland verletzbar bei Änderungen des Goldpreises machte (s. unten).
– Diese Goldanleihe war Deutschland auf der Londoner Konferenz (Juli/August 1924) angeboten worden, um die Reparationsleistungen durch eine »stabile Währung« gewährleisten zu können. Die Reichsbank wurde als Folge des Abkommens unter ausländische Kontrolle gestellt.
– Bis 1929 erholte sich die deutsche Wirtschaft, wenngleich die Arbeitslosigkeit nur teilweise abgebaut werden konnte. Das hohe deutsche Zinsniveau zog amerikanisches Kapital nach Deutschland an. Als dieses Kapital 1929 als Folge der Krise an der New Yorker Börse wieder abgezogen wurde, hatte die Wirtschaftskrise auch Deutschland ereilt.
– Im Zuge des Börsencrashs 1929 wurde die Dramatik der nach dem Bankgesetz mindestens 40-prozentigen Golddeckung des Notenumlaufs offenbar (vor dem ersten Weltkrieg betrug die Golddeckung 33,3%).[11] Weil die Amerikaner ihre Kredite fällig stellten bzw. ihre angelegten Gelder zurückholten, entwickelte sich ein entsprechender Druck auf den Wechselkurs. Als schließlich die sog. »Goldpunkte« überschritten wurden, musste Gold über den Atlantik transferiert werden. Wegen der Golddeckung bedeutete dies, dass ein Vielfaches an Geld eingezogen werden

[11] Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Geldpolitik der Bundesbank, Frankfurt a.M. 1995, S. 11.

musste. Dies war der wichtigste Auslöser des ökonomischen Desasters, das zum Aufstieg Hitlers führte. Die immer wieder dafür verantwortlich gemachte *Brüning´*sche Finanzpolitik verstärkte das ökonomische Desaster lediglich, löste es aber nicht aus.

– Seit 1930 bemühte sich *Brüning* darum, durch Notverordnungen die Krise zu überwinden. Hintergrund seines Konzeptes war die klassische, liberale Konjunkturtheorie. Demnach wurde die Krise durch eine Überproduktion erklärt und musste von selbst wieder verschwinden. Durch Kürzungen von Unterstützungszahlungen, wie z.B. der Arbeitslosenversicherung, von Staatsaufträgen und Beamtenbesoldungen sowie durch Steuer- und Zollerhöhungen versuchte Brüning, den Staatshaushalt auszugleichen.

Die diversen, v. a. durch Goldknappheit ausgelösten Krisen wurden allgemein mit einer »Überproduktion« begründet. Diese Meinung teilten auch die Sozialdemokraten, die hierdurch die *Marx´*sche Theorie bestätigt sahen. Ein Zusammenhang zur Geldordnung wurde nicht hergestellt. Im Gold vereint, gingen Bürgerliche und Marxisten Hand in Hand. So meinte beispielsweise der zweimalige sozialdemokratische Finanzminister Hilferding anlässlich der – letztlich ebenfalls durch die Goldkernwährung ausgelösten – Krise 1931: *»Es handelt sich bei der Krise nicht um Störungen des Geldwesens, sondern um schwere Störungen in der kapitalistischen Produktion … Ich bin für die Aufrechterhaltung der Goldwährung.«*[12].

Auf der anderen Seite tauchten auch Zweifel auf. Die Tatsachen standen offenbar im Gegensatz zum Say´schen Theorem als einer wesentlichen Grundlage der Neoklassik, wonach sich jedes einmal produzierte Güterangebot seine eigene Nachfrage schafft und reibungslos abgesetzt wird. H.-J. Werner: *»Allein die Proletarisierung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung, die periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit und die schwankende Kaufkraft des Geldes zeigten, dass im herrschenden wirtschaftspolitischen Erklärungsansatz Lücken vorhanden waren. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland, vor allem nach 1881, ist ein Beispiel dafür, dass man sich der ´Anomalien´ im eigenen System durchaus bewusst war.«*[13]

Die untenstehende Zeittafel gibt noch einmal einen zusammenfassenden Überblick über den historischen Hintergrund der *Gesell´*schen Theorie:

[12] Zit. nach M. Leuchtenberg (Synonym für J. Schuhmann), Woran Weimar scheiterte, Hamburg 1971, S. 11.
[13] H.-J. Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung, Münster / New York 1989, S. 7.

Zeittafel	
Jahr	*Ereignis (bezogen auf Deutschland)*
1873	Einführung der Goldwährung, Gründerkrise
	Begründung der Wirtschaftswissenschaft: »Überproduktion«
1873	Entdeckung neuer Goldfelder, Steigerung der Goldproduktion, Erholung
– 1912	Aufschwung, unterbrochen lediglich durch die Krise von 1907/08
1912	Verminderung der Goldproduktion
1914	Beginn erster Weltkrieg
1914-1916	Kriegsbedingte Inflation, Abkehr von der Golddeckung
1918	Kriegsende, Flucht des Kaisers, Revolution
1919	Anstieg der Arbeitslosigkeit
1920	Zwischenzeitige Erholung auf dem Arbeitsmarkt, steigende Inflation
1923	Hyperinflation, 28,2 % Arbeitslosigkeit
1923	Einführung der Rentenmark
1924	Rückkehr zum Gold / Dawes-Plan, später Young-Plan
929	Börsenkrise in den USA (24.10.)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass keine der oben genannten rivalisierenden Paradigmen bzw. Ideologien Lösungen für die genannten währungspolitischen Probleme zu bieten hatte. Die Lösungsvorschläge der Freiwirtschaftsbewegung blieben dennoch – aufgrund ihres Außenseiterstatus und fehlender Unterstützung durch die herrschenden Machtapparate – ungehört.[14]

3.2. Gesells theoretischer Ausgangspunkt: Die reformulierte Quantitätstheorie

Aus seinem Kampf gegen das Gold ging die Reformulierung der Quantitätstheorie hervor. *Gesell* ging über die von der klassischen Lehre vertretene »rohe Quantitätstheorie« hinaus, unter der er die alte Quantitätstheorie ver-

[14] Ein Zeugnis von den Anstrengungen, diesbezüglich den sozialdemokratischen Machtapparat zu durchdringen, gibt M. Leuchtenberg (Synonym für J. Schuhmann), Woran Weimar scheiterte, a. a. O..

stand, die das Preisniveau ausschließlich von der vorhandenen Geldmenge bestimmt sehen wollte. Wenngleich die sich ausbreitende Neoklassik auf anderen Fundamenten als denen der klassischen Werttheorie ruhte, erhielt *Gesell* von dieser keine »Schützenhilfe«. Die wesentlichen Grundlagen der neoklassischen Theorie gehen (wenngleich dies später modifiziert wurde) nämlich von einer quasi geldlosen Wirtschaft aus – die von *Gesell* benannten Probleme werden damit erst gar nicht thematisiert.

Das geld- und währungstheoretische Vakuum der herrschenden Paradigmen schlug sich auch in einer Orientierungslosigkeit der Politik nieder. So lag der Notenbankpolitik seiner Zeit, wie Gesell kritisierte, keine »gesetzlich anerkannte Theorie des Geldes, nach der sich die Geldverwaltung zu richten hätte«, zugrunde. *»Überall ´wurstelt´ die Geldverwaltung mit Erfahrungssätzen, die ihr zugleich als unbeschränkte Vollmacht dienen. (...) Man bedenke, was das heißt: seit 3000 Jahren in einer der wichtigsten Staats- und Privatangelegenheiten unbewusst, blindlings, erkenntnislos vorgehen!«*[15]

Einen späteren Verbündeten in diesem Kampf hatte Gesell jedoch in Irving Fisher, der sich selbst als *»bescheidenen Schüler des Kaufmanns Silvio Gesell«*[16] bezeichnete und nach dem die betreffende Verkehrsgleichung benannt wurde. Die Thesen *Fishers* stimmen hinsichtlich der Quantitätstheorie bzw. der Rolle des Geldes bei Änderungen des Preisniveaus in weiten Teilen mit denjenigen *Gesells* überein. Letzterer wurde nicht müde zu betonen, dass das Geld einzig und allein durch das Sozialprodukt gedeckt sei.

Später nahm der »naive Monetarismus« *Friedmans* die Grundgedanken *Gesells* und *Fishers* auf. Die Idee der Geldmengensteuerung kann als später Teilerfolg von *Gesells* Arbeit interpretiert werden. Diese Adaption durch die herrschende Lehre gelang allerdings nur um den Preis einer »neoklassischen Kastration« der wesentlichen Teile der *Gesell*schen Theorie. Gesell wurde zudem von *Friedman* in seiner Bedeutung für die Entwicklung der Quantitätstheorie in keiner Weise gewürdigt. Vor allem Letzteres ließ den Verdacht aufkommen, dass sich hier jemand mit fremden Federn schmückt. Es führte zum Protest vieler Freiwirtschaftler, der u. a. auch gegenüber dem Nobelpreiskommittee eingelegt wurde.

3.3. Herrschende Lehre: Notwendigkeit der Golddeckung

Die Reformulierung der Quantitätstheorie durch G*esell* ist – wie oben schon erwähnt – in engem Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Gold-

[15] S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, a.a.O., S. 235.
[16] I. Fisher in: Stamp Scrip, New York 1933, Seite 67.

währung zu sehen. Sowohl in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft als auch in der Arbeiterbewegung herrschte die Vorstellung vor, Geld müsse durch Gold gedeckt sein. *Marx* hatte sich in seinen Schriften für die Goldwährung ausgesprochen[17]: Geld ist nach *Marx* von Natur aus Gold.[18] In diesen gesellschaftspolitisch entscheidenden Fragen stützten sich die komplementären Machtapparate gegenseitig. Keine andere Meinung als die der Sozialdemokraten äußerte sich daher in der Notenbankpolitik *Hjalmar Schachts,* die zur Goldkernwährung führte und damit überhaupt erst die verheerenden Auswirkungen des »schwarzen Freitag« auf die deutsche Wirtschaft möglich machte.[19] Der damalige Reichsbankpräsident Schacht, der von eh und je für die Rückkehr zur Goldwährung plädierte, erhielt auch prompt Rückendeckung von den »roten Garden vor Mammons Thron« in Gestalt der Sozialdemokratie. Gesell: *»Wer die Dinge aufmerksam in ihrem Werden verfolgt hatte, der wusste, dass es so kommen würde, dass der auf der Goldwährung sich aufbauende Kapitalismus in der Stunde der Gefahr durch die Sozialdemokraten gerettet werden würde. (...) Mit der Rückkehr zur Goldwährung wird das Werk der Zerstörung, das unsere Pfuscher am Geldwesen verrichten, vollendet werden.«* [20]

Bezüglich der – der objektiven Wertlehre entspringenden – Auffassung, Geld müsse durch Gold oder ein anderes Edelmetall gedeckt sein, bestand somit eine unheilige Allianz zwischen den rivalisierenden Ideologien, die ich – zumal sie sich sowohl bekämpften als auch bedingten – daher als »Komplementärideologien« bezeichnen möchte.

Die »ideologische Schnittmenge« dieser Komplementärideologien war daher nicht zufällig der Ansatzpunkt von *Gesells* Kampf. Nach *Gesell* ist das Geld einzig durch das Sozialprodukt gedeckt. Die Golddeckung macht nicht nur keinen Sinn, sie ist wegen der Unregelmäßigkeiten und Zufälligkeiten der Goldfunde sogar vor dem Hintergrund der Quantitätstheorie gefährlich. In seinem Hauptwerk, der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«, propagiert *Gesell* dementsprechend in seiner charakteristischen, derben und provokativen Sprache statt eines Goldeinlösungsversprechens ein »negatives Zahlungsversprechen«: *»Wer diesen Zettel zur Einlösung bei der*

[17] K. Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, Ost-Berlin 1947, S. 99-103.

[18] K. Marx, ebenda, S. 104 »… obgleich Gold und Silber nicht von Natur Geld, Geld von Natur Gold oder Silber ist ….«

[19] Frankreich, das sich von der Golddeckung frühzeitig verabschiedet hatte, war demgegenüber von Wirtschaftskrise und Radikalisierung wesentlich weniger betroffen – trotz ebenfalls existierendem Nationalismus und Antisemitismus (z.B. die Affaire Dreyfus).

[20] S. Gesell, zit. nach H.-J. Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung …, a. a. O., S. 67.

Reichsbank vorzeigt, erhält dort ohne Legitimation 100 Knutenhiebe«.[21] Auch Fisher setzte sich später – wie schon zuvor Gesell – in Gegensatz zu den Bankfachleuten seiner Zeit, indem er behauptete, dass der Golddollar keineswegs der währungspolitische »Felsen von Gibraltar« sei; vielmehr sei der Wert des Goldes ebenfalls Schwankungen unterworfen – *Fisher* provozierte die Wissenschaftswelt mit der These, Gold sei nicht wertbeständiger als etwa Kupfer. Die klassische Auffassung (objektive Wertlehre) war vielmehr der Meinung, Geld müsse einen »inneren Wert« haben, der am besten durch ein Edelmetall verkörpert wäre.

Für *Gesell* waren zudem Goldwährung und Frieden unvereinbar. Dies verweist auf sein sozial- und politökonomisches, insbesondere über die aufkeimende Neoklassik hinausgehendes Verständnis. Die Freiwirtschaftsbewegung kritisierte die endgültige Fesselung Deutschlands an das »goldene Würgeband« durch den Dawes- und v.a. den Young-Plan (s. oben) und stellte sich damit erneut gegen die Politik der Komplementärideologien. Insbesondere die Sozialdemokratie (zu der ansonsten eine gewisse Nähe bestand) versagte in den Augen der Freiwirtschaftsbewegung hinsichtlich der Friedenspolitik: Nachdem die Sozialdemokratie bei der Unterzeichnung des Dawes-Plans mitmarschiert war, führte ihre pro-Gold-Politik schließlich zum Reichsbankgesetz vom 30.08.1924. Dieses Gesetz, durch das die Golddeckung der Währung wieder eingeführt wurde, wurde von *Friedrich Ebert* unterzeichnet. Als später der *Dawes*-Plan durch den *Young*-Plan abgelöst wurde, stimmten die deutschen Sozialdemokraten dem Gesetz zu.[22] Im Rahmen des *Young*-Plans wurde mit Zustimmung der deutschen Vertreter (auch des Sozialdemokraten *Robert Schmid*) festgesetzt, dass *»die deutsche Regierung sich verpflichtet, dass die Reichsmark … in Gold und Devisen einlösbar ist und bleibt.«* Dies sollte bedingungslos erfolgen; insbesondere wurde die im Dawes-Plan noch vorhandene Wertsicherungsklausel nicht aufgenommen, nach der bei einer Absenkung des Preisniveaus sich auch die nominellen Verpflichtungen Deutschlands herabsetzen ließen. *»Als der Minister Moldenhauer auf die Notwendigkeit eines solchen Schutzes gegen Geldwertschwankungen aufmerksam gemacht wurde, erwiderte er, dass die Geldwertschwankungen heute praktisch kaum mehr in Frage kommen. Sofort nach Abschluss des Young-Vertrages wurde der Preisstand jedoch gesenkt, und der vorausgesagte Schaden für Deutschland war da.«*[23].

[21] S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, a.a.O., S. 141.
[22] Vgl. J. Schuhmann, Gegen den Strom, Lütjenburg 1985, S. 34.
[23] F. Schwarz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, Band II (Reprint der 2. Aufl.), Bern 1945, S. 186.

Gesell schlug 1922 zur Lösung der Weltschuldenfrage – unter der Voraussetzung, dass die Schulden der Reparationsmächte in US-Dollar umgerechnet würden – eine Notenbankpolitik dahingehend vor, *»dass der Warenpreisindex in Amerika langsam, aber stetig und regelmäßig um 5 Prozent steigt und dass diese planmäßige Inflation in 5 Jahren ihren Abschluss findet. Auf diese Weise hätte sich das Gewicht sämtlicher Schulden um ein Viertel verringert, gleichzeitig wäre aber die Weltwirtschaft in Vollbetrieb gesetzt worden, so dass auch dadurch die Schuldentilgung erleichtert worden wäre.«*[24] Freilich blieb auch dieser Vorschlag ungehört.

4. Gesells Rezeptur

4.1. Nationale Perspektive

Gesell wollte politisch an der monetären Seite der Quantitätsgleichung ansetzen. Zunächst ging es darum, die Geldmenge zu steuern. Wichtigstes Mittel hierzu war *Gesells* Einsatz für Papiergeld statt Goldgeld. Die Geldversorgung sollte damit von den Zufälligkeiten der Goldfunde abgekoppelt werden. Geld darf nach Auffassung *Gesells* nur durch das Sozialprodukt gedeckt sein.

Damit die monetäre Seite der Quantitätsgleichung unter Kontrolle ist, bedarf es auch der Kontrolle über die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. *Gesell* widersprach vehement dem *Say´*schen Theorem, wonach sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffe. Das *Say´*sche Theorem impliziert, dass Schwankungen der Umlaufsgeschwindigkeit kein Problem darstellen (können). Aus dem Umstand, dass Geld nicht nur als Tauschmittel, sondern auch als Sparmittel wirke, folgt für *Gesell*, dass es nicht allein gelte, das Geldvolumen zu kontrollieren, sondern dass es vielmehr darauf ankomme, den »Geldumlauf« in den Griff zu bekommen. Nicht nur die Geldmenge, sondern die *umlaufende* Geldmenge muss zum Gegenstand der Steuerung gemacht werden. Hier widersprach er u. a. *Flürscheim*, der zwar auch auf Papiergeld setzte, aber von einer Umlaufsicherung weit entfernt war.

Mit entsprechenden Maßnahmen zur »Umlaufsicherung« des Geldes sei – anders als im herkömmlichen Geldwesen angesichts einer rückläufigen Konjunktur – eine Aufblähung der Geldmenge unnötig, denn die Geldinhaber könnten mit dieser »Umlaufsicherung« gezwungen werden, ihre Ersparnisse gegebenenfalls auch ohne Zinsen zu verleihen. Das Geld diene ja aus-

[24] S. Gesell, Denkschrift für die Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren Aktionen in der Frage der Währung, der Valuta und der Reparationen, Erfurt 1922.

schließlich dazu, den Warenaustausch zu vermitteln.[25] *Gesell* hierzu: *»Eine Ruhebank ist das Geld nicht, sondern ein Übergangslager … Ein Recht auf Zins widerspricht dem Gedanken des Geldes, denn dieses Recht käme einer Besteuerung gleich, einer privaten Besteuerung des Warentausches mit Hilfe einer staatlichen Einrichtung.«*[26] Allerdings wollte auch Gesell das Buchgeld nicht einbeziehen. Gesell war N.A.L.J. Johannsen unbekannt, der schon 1913 die Idee einer Umlaufsicherung propagierte.[27]

Begeben wir uns auf die rechte (reale) Seite der Quantitätsgleichung: Durch die genannten Reformen wollte *Gesell* ein stabiles Preisniveau mittels der sog. »Indexwährung« erreichen.

Er stellte sich damit gegen die damals herrschende Lehrmeinung, welche – mit der Goldwährung einhergehend – die Werttheorie propagierte. Von der Freiwirtschaftsbewegung wurde der Übergang zur Rentenmark als Fortschritt empfunden. Nach der Inflation setzte man den negativen Erfahrungen der Inflationszeit das Konzept der »absoluten Währung« entgegen, die sich an einem Großhandelspreisindex orientieren sollte. *H. Schacht*, Präsident der Reichsbank, fand jedoch *»die Vorstellung, dass neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könnte, so absurd, dass ich nur noch einen einzigen Gedanken hatte: in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde.«*[28] Seit 1924 säte *Schacht* Misstrauen gegen die Rentenmark. Die Auguren von Goldwährung und Werttheorie waren dabei – wie schon erwähnt – nicht nur im konservativen Lager bzw. in der Goldlobby zu suchen, sondern – geblendet von der Werttheorie – auch innerhalb der Sozialdemokratie. Exemplarisch ein Zitat von Böchel (SPD) in der »Chemnitzer Volksstimme« (1931/295): *»Deflation ist nichts anderes als ein Kind der Rationalisierung, die ein Überangebot von Waren erzeugt hat. Oder, anders ausgedrückt, die den Wert der Waren bestimmende, in der Ware geronnene Arbeitszeit ist zusammengeschmolzen, also muss der Warenwert sinken.«*

4.2. Die internationale Perspektive

Der Kampf *Gesells* gegen die Goldwährung hatte auch eine internationale Dimension, da Gold als internationales Zahlungsmittel galt: mit der Goldwährung waren feste Wechselkurse verbunden (wie sie auch später im gold-

[25] G. Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus – Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft (Diss.), Potsdam 1989, S. 104.
[26] S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung …, S. 205)
[27] Vgl. N.A.L.J. Johannsen (Fußnote 5).
[28] H. Schacht, Die Stabilisierung der Mark, Berlin 1927, S. 94.

gedeckten Regime von Bretton Woods – als Golddevisenwährung – eingeführt wurden). Angesichts der genannten Goldversorgungsprobleme war es eine logische Folge, dass auch zwischen den Staaten ein »Kampf um die zu kurze Golddecke« losbrach, der merkantilistisch-protektionistische Tendenzen mit sich brachte.

Hinsichtlich eines internationalen Währungsregimes hatte Gesell verschiedene Ansatzpunkte:

Bekanntlich besteht bei festen Wechselkursen ein Konflikt zwischen der Stabilität des Preisniveaus (»innere« Währungsstabilität) und der Stabilität der Wechselkurse (»äußere« Währungsstabilität). Diesen Konflikt wollte *Gesell* – und auch hier stand er in Gegensatz zu den Protagonisten der Goldwährung – eindeutig zugunsten der inneren Währungsstabilität lösen.[29] Er forderte dementsprechend: *»Die Notenbank muss an den Bewegungen des Wechselkurses ersehen, ob sie zuviel Geld ausgegeben, dadurch die Preise gehoben und die Ausfuhr erschwert, die Einfuhr erleichtert hat. Sie muss in diesem Falle rechtzeitig auf eine Herabsetzung der Preise durch Beschränkung des Geldangebots hinarbeiten. Und im entgegengesetzten Falle muss sie umgekehrt verfahren …«*[30] *Gesell* zeigt deutlich die Unvereinbarkeit eines stabilen Preisniveaus und fester Wechselkurse auf: *»… so hat man dem Ausland gezeigt, dass ein fester Wechselkurs zusammen mit stetigen Warenpreisen von der Goldwährung unmöglich erwartet werden kann und dass beides sich nur vereinigen lässt, wenn in allen Ländern die Warenpreise festbleiben.«*[31]. Dementsprechend favorisierte *Gesell* ein flexibles Wechselkursregime.[32] Andererseits sieht *Gesell* flexible Wechselkurse nicht als Allheilmittel und Freibrief für eine regellose (Geld-) Politik an, sondern fordert eine abgestimmte Stabilitätspolitik: *»Nur eine in allen Ländern nach gleichen Grundsätzen geleitete Inlandwährung kann den festen Wechselkurs im Weltverkehr und zugleich eine nationale Währung herbeiführen.«*[33] Unausgesprochen lag diesem Plädoyer die Kaufkraftparitätentheorie zugrunde, auch wenn *Gesell* diese Theorie nicht erwähnt.

Das Plädoyer für das Primat der inneren Stabilität und grundsätzlich flexible Wechselkurse bedeutet jedoch nicht, dass *Gesell* die internationale Währungsordnung vernachlässigt hätte. Ganz im Gegenteil propagierte er

[29] S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung …, a.a.O., S. 260.
[30] S. Gesell, ebenda.
[31] S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung …, a.a.O., S. 261.
[32] Vgl.. S. Gesell, Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs, Buenos Aires 1897. S. auch E. Frankfurth, S. Gesell, Aktive Währungspolitik, Berlin 1909.
[33] S. Gesell, ebenda, S. 261.

einen Weltwährungsverein (IVA: Internationale Valuta-Assoziation). In seinem Vorschlag verarbeitete Gesell die Erfahrungen aus der Lateinischen Münzunion (die zwischen Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz und Griechenland bestand). Die IVA-Note sollte dabei die Rolle der silbernen Fünffrankenstücke übernehmen. Zwischen diesen und den nationalen Währungen wurde ein fixer Wechselkurs festgelegt. Anders als bei den Franken sollte jedoch selbstverständlich keine Golddeckung erfolgen. Auch sollte die IVA-Note nicht als Deckung der nationalen Währung dienen, wie dies in der Lateinischen Münzunion der Fall war. Dreh- und Angelpunkt (entgegen der Intention der Gründer) für das Funktionieren der Lateinischen Münzunion war also die Tatsache, dass einer beschränkten Anzahl von Münzen internationale Gültigkeit verliehen wurde. Die IVA-Noten sollten dagegen nach den Grundsätzen der absoluten Währung (Indexwährung) emittiert werden. Die Funktionsweise beruht stark auf dem *Gresham´*schen Gesetz, das ja bei festen Wechselkursen gilt und besagt, dass das »schlechte« Geld das »gute« Geld verdrängt (bei einer Deflation wird das betreffende Land mit IVA-Noten überschwemmt, bei einer Inflation werden die IVA-Noten außer Landes getrieben).

Die Verteidiger der Goldwährung hielten den Skeptikern, darunter *Gesell*, entgegen, dass mit und durch die Goldwährung der Außenhandel zugenommen hätte. Der Angriff Gesells auf die Goldwährung und das mit ihr verbundene Regime fester Wechselkurse erinnert insoweit durchaus teilweise an die Euro-Debatte: *»Man macht auf die Zunahme des Außenhandels seit Einführung der Goldwährung aufmerksam und will die Ursache in der Goldwährung sehen. Aber der Außenhandel ist gestiegen, weil die Bevölkerung gestiegen ist, und er ist nicht einmal im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung gestiegen. Auch trifft die Zunahme in erhöhtem Maße die Papierwährungsländer (Russland, Österreich, Asien, Südamerika), während der Handel gerade mit den Goldwährungsländern (Frankreich, Nordamerika) sich sehr schwer entwickelt. (England, als Durchfuhrland, kann man hier nicht einreihen).«*[34]

Die nachstehende Abbildung gibt noch einmal die währungspolitischen »Hauptkampflinien« wider.

[34] S. Gesell, ebenda, S. 258.

	Probleme der Währungspolitik	
	1. Nach innen	*2. Nach außen*
a. Historische Problematik:	Gründerkrise, schwankende Goldversorgung	Kampf um die »zu kurze Golddecke«
b. Theoretischer Ausgangspunkt:	Quantitätstheorie: M x U = P x T	Wechselkurstheorie: Kaufkraftparitätentheorie
c. Herrschende Lehre:	Notwendigkeit der Golddeckung – Objektive Wertlehre	Feste Wechselkurse, korrespondierend zur Goldwährung
d. Gesell:	Steuerung von	Primat des Preisniveaus (innen)
	M: durch Papiergeld – gegen die Goldwährung	Freie Wechselkurse
	U: durch Umlaufsicherung	IVA-Regime
	P: Indexwährung	
	T. Vertrauen in den Markt	

5. Zum Einfluss der Freiwirtschaftslehre auf die »orthodoxe« Ökonomie

5.1. Erkenntnis und Beobachtung bei Gesell und den zeitgenössischen akademischen Ökonomen

Vieles von dem, was *Gesell* vorschlug, kommt uns aus heutiger Sicht vernünftig, ja fast selbstverständlich vor (s. die Auflistung im Schlusskapitel). Somit stellt sich die Frage, warum *Gesells* Agitation bei den Politikern und Wissenschaftlern seiner Zeit keinen Erfolg hatte. Die Gründe sind sicherlich vielschichtig. Zwei Thesen hierzu:

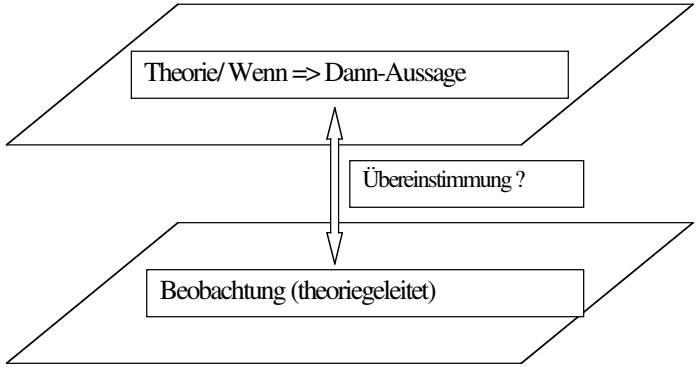
These 1: Fachleute hatten die falsche Sicht der Dinge

Im Sinne von *Kuhn* müsste wohl hinterfragt werden, welche Gruppe überhaupt die richtigen Fragen stellte. Des Weiteren müsste gefragt werden, welche Theorie bei der Lösung der Probleme erfolgreicher war.

Nach Kuhn werden wissenschaftliche Revolutionen durch Anomalien ausgelöst. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass die Beobachtungen nicht mit der Theorie übereinstimmen. Gründe können sein:

(1) Theorie ist falsch
(2) Beobachtung ist – weil auch theoriegeleitet – nicht zielführend
(3) Beides ist falsch

Das damals herrschende währungspolitische Paradigma, noch auf Goldwährung und Werttheorie fussend, war aus heutiger Sicht sicherlich nicht auf die zielführenden Aspekte gerichtet. Auf Basis der unzureichenden Theorie (welche den Aspekt der wirksamen Nachfrage ignorierte) konnten dann Theorien wie die von der Überproduktion, die hervorragend in die marxistische (aber auch in die bürgerliche) Ideologie passten, »beobachtet« werden.



Schon die Problemdefinition findet vor dem Hintergrund eines bestimmten Gedankengebäudes statt (dies gilt auch für die obige Schilderung der historischen Ereignisse). Die Aussagen *Gesells* waren nur durch Beobachtungen möglich, die durch die »Brille« der Quantitätstheorie des Geldes angestellt wurden. Weder die im Vordringen befindliche neoklassische noch die marxistische Theorie konnte zur damaligen Zeit mit der von Gesell aufgeworfenen Fragestellung etwas anfangen. Die Beobachtungen, die von Vertretern dieser Theorien gemacht wurden, waren auf ganz andere Aspekte fokussiert.

Selbst wenn vor dem Hintergrund der eingesessenen Paradigmen die richtigen Fragen gestellt worden wären, könnten Anomalien, wie sie sich in einem überfälligen Paradigma zeigen, schlecht festgestellt und Theorien schwerlich falsifiziert werden. In den Wirtschaftswissenschaften fehlen – anders als in den Naturwissenschaften – die Laborbedingungen. Dies dürfte einer der Gründe für die Falsifizierungsresistenz der neoklassischen und der marxistischen Theorie sein.

Auch dürfte *Kuhns*[35] Aussage von Interesse sein, wonach die Träger unterschiedlicher Paradigmen ihre Arbeit in unterschiedlichen »Welten« ausüben, weswegen es keinen Bereich neutraler Erfahrung und Logik gibt, die ein Paradigma evidenter als das andere erscheinen lässt.

These 2: Gesell kam zu seinen Erkenntnissen eher »theoriefrei«, durch Beobachtung (=> neuer Experimentalismus).

Gesell wurde am 18.3.1862 geboren; nach einer Kaufmannslehre in Malaga und weiteren Beschäftigungen diverser Art siedelte er 1887 als Kaufmann für zahnmedizinische Artikel nach Argentinien über. Argentinien hatte die Umstellung auf die Goldwährung 1885 vollzogen. Die auftauchenden Probleme – vor dem Hintergrund des früher in der Provinz Buenos Aires ausgegebenen »papel moneda corriente« – haben Gesell sicherlich einen Anstoß für die Beschäftigung mit währungspolitischen Fragen gegeben.

In seinen ersten Schriften 1891 und 1892 thematisiert er die Goldproblematik[36] und setzt sich für ungedecktes Papiergeld ein, dessen mengenmäßige Ausgabe sich nach dem Großhandelsindex richten sollte. Die Idee der »rostenden Banknoten« ist schon in seiner Schrift »Nervus rerum«[37] zu finden. Beide Vorschläge finden sich auch in der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«, seinem Hauptwerk, wieder.

Gesell machte in zwei Schriften in spanischer Sprache Vorschläge zur Sanierung der argentinischen Währung.[38] Er verschickte sie an Senatoren, Abgeordnete und die Presse. Der publizistische Erfolg blieb jedoch relativ gering. Erst, als er seine Vorschläge dem deutschen Bankier *Tornquist* unterbreiten konnte, änderte sich dies. *Tornquist* hatte Einfluss auf die argentinische Regierung. In der *»Tornquist´*schen Reform« senkte die argentinische Regierung den Goldkurs, wodurch der Geldumlauf erhöht werden konnte. Die Wirtschaft erholte sich alsbald. *Gesell* forderte in einem als »Pro domo« betitelten Brief an das argentinische Volk, ihn als Urheber der Reform anzuerkennen.

Interessant ist, dass *Gesell,* als er die Grundzüge seiner Geld- und Währungstheorie entdeckte, zunächst frei von jeglichem theoretischen Ballast war. *Gesell* über sich selbst: »*Der Mangel an Vorurteilen, resp. die völlige Unbefangenheit, mit welcher ich an die Arbeit ging, führte mich auf geradem Weg meinem Ziele zu, ohne überhaupt auf irgendeine der zahllosen*

[35] S. Fußnote 4.
[36] Vgl. S. Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 1, Hann. Münden 1988.
[37] S. Gesell, Nervus rerum, Buenos Aires 1891.
[38] H.-J. Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung, Münster / New York 1989, S. 9.

Schwierigkeiten zu stoßen, in welche Nationalökonomen verwickelt sind. (…) Von diesen Schwierigkeiten erhielt ich überhaupt erst dann Kenntnis, als ich den Schlüssel zur Lösung dieser komplizierten Rätsel bereits in der Hand hatte.«[39]

Möglicherweise liegt hier auch ein Grund dafür, warum die Freiwirtschaftsbewegung fast nur aus »Nicht-Fachleuten« besteht, Ökonomen hingegen kaum Zugang zu ihr finden. Nur wenige Ökonomen können die dafür notwendige kritische Distanz bewahren bzw. die akademische Gehirnwäsche schadlos überstehen.

Die Entwicklung der *Gesell´*schen Theorie wirft ein neues Licht auf den wissenschaftlichen Fortschritt, das die Thesen *Poppers* nicht stützt: Wissenschaftlicher Fortschritt findet nicht, wie von *Popper* postuliert, vor dem Hintergrund von Versuch und Irrtum statt. Auch ist die Rolle der Beobachtung wohl zu gering, die Rolle der Theorie innerhalb der Beobachtung möglicherweise zu hoch eingeschätzt worden. Dies weist in eine Richtung, die neuerdings in der Wissenschaftstheorie durch den Neuen Experimentalismus aufgegriffen wird.[40]

5.2. Erkenntnis und Macht

Eine ökonomische Theorie ist jedoch auch immer ein Gedankengebäude, dessen Erfolg mit der politischen Stärke der sie tragenden Gruppe zusammenhängt. Die Freiwirte hatten dies früh erkannt und konsequenterweise versucht, alle möglichen politischen Organisationen und Parteien (von links bis rechts) zu unterwandern. So hatte auch *Gesell* selbst u. a. mit *Walter Rathenau* Verbindungen angeknüpft und Briefe gewechselt. Rathenau wurde einen Tag vor einer verabredeten Besprechung mit Gesell, am 24.6.1922 erschossen.[41] *Gesell* wollte sich ebenfalls mit Lenin treffen. Das Treffen scheiterte jedoch. Während seines Aufenthalts in München 1919 erhielt *Gesell* zweimal Besuch von *Gottfried Fede*r, dem nationalsozialistischen Wirtschaftsideologen und späteren Staatssekretär. Das zweite Gespräch brach *Gesell* mit den Worten ab: *»Sie begreifen das nie.«*[42]

Insgesamt gesehen waren die Unterwanderungs- und Überzeugungsversuche mehr oder weniger erfolglos, zumal jeder der relevanten Machtapparate seine eigene Theorieanlehnung hatte und hat.

---

[39] W. Schmid, ebenda, S. 31.

[40] R. Ackermann: 'The New Experimentalism', British Journal for the Philosophy of Science 40/1989, 185-190.

[41] W. Schmidt, S. Gesell – Die Lebensgeschichte eines Pioniers, a.a.O., S. 309.

[42] W. Onken, Buchbesprechung zu Ezra Pound, Ursura Cantos XLV und LI, S. 43, in: Zeitschrift für Sozialökonomie/mtg, Folge 69/1986.

Traditionell bestanden die engsten Verbindungen wohl zum Apparat der Sozialdemokratie. Das verbindende Element war die Kapitalismuskritik, die allerdings auf vollkommen unterschiedlichen theoretischen Fundamenten beruhte.[43] Die Sozialdemokratie verortete das Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eben nicht im Geldwesen, sondern in der Produktion. Dementsprechend konnte sie und die mit ihr seit jeher verbundene Gewerkschaftsbewegung über die Organisation von »Gegenmacht« eine innere Rechtfertigung für ihr Bestehen finden. Anhand des Beispiels des Heidelberger Ökonomieprofessors *Lederer*, der für die Sozialdemokraten ein vernichtendes Gutachten über die Freigeldlehre verfasste, stellt Senft zutreffend in seinem Buch »Weder Kapitalismus noch Kommunismus« fest: *»Allein die Tatsache, dass die Idee des Freigeldes (…) in weiten Kreisen der Angestellten und Arbeiter Anhänger gewonnen hat …, ließ befürchten, hier sei eine Konkurrenzorganisation im Emporkommen begriffen.«*[44]

Die kapitalistische Doktrin fand ihren ultimativen Ausdruck in der Neoklassik. Während in der Klassik verteilungspolitische Aspekte durchaus noch diskutiert wurden, blendete man diesen problematischsten Aspekt des Kapitalismus nunmehr (insbesondere mit dem zweiten Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik[45], wodurch die strenge Trennung zwischen allokativen und verteilungspolitischen Betrachtungen begründet wird) einfach in weiten Teilen aus.[46]

Die Freiwirtschaftsbewegung dürfte auch deswegen so erfolglos sein, weil sie vom Ansatz her ungeeignet ist, einem der kapitalismusimmanenten »Organisationsgeschwüre« theoretischen Support zu geben. Die Verwirklichung der freiwirtschaftlichen Idee würde die betreffenden Organisationen überflüssig machen.

5.3. Was hat Gesell bewirkt?

Der im Sinne von *Lakatos* »harte Kern« der die gesellschaftlichen Machtapparate unterstützenden Theorien wurde von *Gesell* letztlich nicht beeinflusst:

– Noch immer treibt der tote *Say* sein Unwesen, indem er in den Lehrbüchern bis heute spukt und nicht tot zu bekommen ist. Dieser ist, als

[43] Die »Hassliebe« zur Sozialdemokratie kam wohl in der Person Johannes Schuhmanns (s. oben) in personifizierter Weise zum Ausdruck.
[44] G. Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, a.a.O., S. 193-194.
[45] Dieser besagt, dass bei konvexen Präferenzen jede Pareto-effiziente Allokation als Konkurrenzgleichgewicht erreicht werden kann.
[46] U.a. in der Grenzproduktivitätstheorie kommt jedoch auch ein Stück Verteilungstheorie zum Tragen – hier zeigt die Neoklassik auch ihr ideologisches Gesicht ganz deutlich.

Peter Hartz verpuppt, mittlerweile sogar in der »modernen«, theorieentwöhnten Sozialdemokratie angekommen. Dort verortet man das Beschäftigungsproblem nicht etwa in Unzulänglichkeiten des Geldwesens, sondern auf dem Arbeitsmarkt. Dementsprechend wird in neoliberaler Manier der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch einen Kampf gegen die Arbeitslosen ersetzt, was die besten Voraussetzungen für eine große Koalition abgibt.

– Immer wieder feiert der Marxismus – jüngst durch die Linkspartei – fröhliche Urstände, so dass die Ausbeutung noch immer (wenn auch vergeblich) im Produktions- statt im Zirkulationsprozess gesucht wird.

Im Laufe der Jahrzehnte sind jedoch auch viele Aspekte von *Gesells* Theorie in die soziale Wirklichkeit umgesetzt oder doch in die Theorie aufgenommen worden. Die Neoklassik war diesbezüglich relativ aufnahmebereit, da sie – mit Ausnahme des (allerdings zentralen) *Say´*schen Theorems – kaum geldtheoretische Vorfestlegungen hatte. Ohne das *Say´*sche Theorem als den »harten Kern« der neoklassischen Theorie zu beschädigen, wurden v. a. folgende Theorieelemente von der Freiwirtschaft adaptiert (v. a. im Rahmen der monetaristischen Konterrevolution):

– Die Geldmengensteuerung in der »kastrierten« Form;
– Die Abkehr von der Goldwährung;
– Indexwährung;
– Freie Wechselkurse;
– Die Diskussion über ein Weltwährungsregime – gelegentlich wird Gesell – fälschlicherweise – sogar der Status des geistigen Vaters des Internationalen Währungsfonds zugedacht.

Außerhalb der Diskussion blieb der revolutionäre Kern der Gesell´schen Theorie, nämlich die Entmachtung des Geldes und seine Gleichstellung auf die Stufe von Ware und Arbeit mittels der Umlaufsicherung.

Die Quantitätstheorie des Geldes[*)]

Eine keynesianische Reformulierung

Thomas Huth

Die Verkehrsgleichung

Die sog. Quantitätstheorie ist das vielleicht älteste heute noch aktuelle ökonomische Aussagensystem. In der Tat ist sie aktueller denn je, sie bildet derzeit die akademische Grundlage für die Geldpolitik wohl so gut wie aller Zentralbanken, die ihre Politik überhaupt und ausdrücklich theoriegestützt betreiben.

Ihrem Ursprung und ihrer Intention nach ist sie eine »Geldmengentheorie des Preisniveaus«, d. h. seit ihren Anfängen bei Jean BODIN bis zu Milton FRIEDMAN u. a. betont sie den engen, unter bestimmten Bedingungen direkt proportionalen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau, oder, wie ihr klassischer und bedeutender Protagonist Irving FISHER dies ausdrückt: zwischen der *Menge* und der *Kaufkraft* des Geldes.

Darstellung und Analyse der Quantitätstheorie nehmen gewöhnlich ihren Ausgangspunkt bei Irving FISHERs Formulierung der von ihm so genannten Verkehrsgleichung *(equation of exchange)*:

$MV = PT$.[1]

Es bezeichne E *(expenditure)* den gesamten monetären Ausgabenstrom eines Jahres, M die im Jahresdurchschnitt umlaufende Bargeldmenge, dann

$$\frac{E}{M} = V.$$

FISHER nennt V die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, also den Geldstrom, der im Jahresdurchschnitt von einer Geldmengeneinheit »getragen«, d. h.monetär finanziert werden kann.

Der notwendigerweise äquivalente Güterstrom wird durch das Transaktionsvolumen T, das *alle* Umsätze von Waren, Dienstleistungen, Wertpapieren u.ä. abbildet, und ihrem Durchschnittspreis, dem Preisniveau P repräsentiert. Das Transaktionsvolumen T umfasst daher sowohl den Strom der jährlichen Bruttowertschöpfung – also alle neuproduzierten Konsum- und

---

[*)] Vortrag, gehalten auf der auf Seite 3, Fußnote [1]) erwähntenTagung.

[1] Die Darstellung dieses Zusammenhangs übernahm er von seinem Kollegen, dem US-amerikanischen Astronomen und Volkswirt Simon NEWCOMB, dem FISHER sein Werk Purchasing of Power of Money (Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung: Die Kaufkraft des Geldes, 2. A., Berlin 1916) widmete.

Kapitalgüter (incl. der Abschreibungen bzw. Ersatzinvestitionen) –, ebenso alle als sog. Vorleistungen durchlaufenden Güterposten und nicht zuletzt alle reinen *Bestandsumschichtungen* von Aktien, Anleihen, Immobilien, Devisen, nicht-börsennotierten Unternehmungen u.ä.[2]

FISHER erweitert seine Verkehrsgleichung um Buchgeldbestände oder Depositen, die er auch als »zirkulierenden Kredit« bezeichnet

$$MV + M'V' = PT$$

und er weist darauf hin, dass die Depositen zwar immer in einem bestimmten Verhältnis zur Bargeldmenge M stehen, auf den Geldstrom aber nichtsdestoweniger additiv wirken.[3]

Es ist nun klar, dass die Verkehrsgleichung, die nichts anderes darstellt als eine Bilanzidentität, funktionale Aussagen über den Zusammenhang von Geldmenge und Preisniveau nur dann erlaubt, wenn die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes unabhängig ist von dessen Menge und das Transaktionsvolumen ebenfalls dominant von anderen Einflussgrößen als der Geldmenge bestimmt wird. FISHER sieht beide Bedingungen langfristig als gegeben an, so dass

$$\text{für } T = \bar{T} \text{ und } V = \bar{V}$$

$$\text{folgt } [M + \Delta M]\bar{V} = [P + \Delta P]\bar{T}.$$

Es besteht daher langfristig ein direkt proportionaler Zusammenhang von Geldmenge M und Preisniveau P.

Die Einkommensversion

Eine zweite Formulierung der Quantitätstheorie ist der Kassenhaltungsansatz, der von den britischen neoklassischen Ökonomen der Universität Cambridge A. MARSHALL und A.C. PIGOU entwickelt worden ist. Sie stellt nicht direkt ab auf die scheinbar »objektiv gegebene« Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, sondern sie versucht diese auf die Geldhaltungsmotive der Wirtschaftssubjekte zurückzuführen; die sog. *Cambridger* Formulierung der Quantitätstheorie ist gemeint als eine Theorie der Nachfrage nach Geld. Darüber hinaus und daraus resultierend bringt sie von vornherein die Nachfrage nach und den Bestand der Geldmenge in Zusammenhang

[2] Dabei wird also ein etwa dreimal im Jahr verkauftes Haus wie drei Häuser gezählt, vgl. auch Gebauer, W., Geld und Währung, Frankfurt am Main 2003, S. 186, Fn 18.

[3] Wir vernachlässigen die Trennung beider Aggregate und schreiben M im folgenden als Symbol für die Summe von Bar- und Buchgeld.

nicht – wie bei FISHER – mit allen Strom- und Bestandsgrößen einer Volkswirtschaft, sondern ausschließlich mit dem Einkommen, also der Stromgröße der Brutto- bzw. Nettowertschöpfung. So schreibt MARSHALL:

»In jedem Gesellschaftszustand hält es die Bevölkerung für nützlich, einen Teil ihres Einkommens in Form von Zahlungsmitteln zu halten, ...«[4].

Bezeichnen wir wie üblich diesen Teil mit k (der sog. Kassenhaltungskoeffizient), dann läuft MARSHALLS Ansatz auf die Gleichung hinaus:

$$L = M = kPY,$$

mit L (*liquidity*) als der makroökonomischen Nachfrage nach Geld und Y als dem Brutto- oder Nettorealeinkommen. Mit dieser Gleichung wird ein zentraler Satz der neoklassischen Geldtheorie bereits deutlich: Da die gesamte Geldmenge M immer von irgend jemand gehalten werden muss, kann sich die Wirtschaft als Ganzes ihres Geldes nicht entledigen. Erhöht sich die Geldmenge M über die gewünschte Geldmenge L hinaus, wird der kollektive Versuch, durch Abstoßen der Geldmenge und Aufstockung der Güterhaltung das gewünschte k wieder herzustellen, unter Vollbeschäftigungsbedingungen im Endeffekt »lediglich« zu einer Anpassung des Preisniveaus führen. Die Anpassung der – bei Freiheit von Geldillusion – gewünschten *realen* Geldmenge an die tatsächliche Geldmenge vollzieht sich allein durch Variationen des Preisniveaus:

$$M + \Delta M > L \Rightarrow kY[P + \Delta P],$$

so dass im Gleichgewicht gelten wird:

$$\frac{L}{P} = \frac{M}{P} = kY.$$

Der Kassenhaltungsansatz formuliert die Nachfrage nach Geld also explizit als eine Nachfrage nach *realen* Kassensalden. Geld, so können wir festhalten, besitzt danach Wert nur insofern, als es aktuelle Verfügungsmacht über reale Einkommensgüter verschafft.

Wird wie heute allgemein üblich auch die Fisher-Version der Quantitätstheorie auf das reale Volkseinkommen bezogen

$$MV_Y = PY,$$

dann wird deutlich, dass die so definierte Umlaufsgeschwindigkeit $V_Y > V$ und der Kassenhaltungskoeffizient k in einer einfachen und eindeutigen Beziehung zueinander stehen:

[4] Zitiert nach der deutschen Übersetzung in Keynes, J.M., Vom Gelde, Berlin 1930.

$$V_Y = \frac{PY}{M} = \frac{1}{k}.$$

Allerdings wird in der gängigen Literatur in der Regel unterschlagen oder »vergessen«, dass beide Formulierungen sich nicht nur durch die Nichtberücksichtigung der Vorleistungen, sondern darüber hinaus durch die Nichtberücksichtigung aller *Bestandstransaktionen* unterscheiden.

Daher differieren beide Einkommensversionen der Quantitätstheorie in ihren geldtheoretischen und geldpolitischen Kernaussagen nur marginal. Was Irving FISHER unter Berufung auf G.F. KNAPP aussagt, gilt mutatis mutandis im Kern auch für die Formulierungen von MARSHALL und PIGOU:

»Die Quantitätstheorie des Geldes beruht also letzten Endes auf der fundamentalen Eigentümlichkeit, die unter allen Gütern das Geld allein besitzt – nämlich auf der Tatsache, dass es nicht imstande ist, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern nur die Kraft besitzt, Dinge zu' kaufen', die diese Kraft der Bedürfnisbefriedigung besitzen.« [5]

Dennoch, während die Transaktionsversion in erster Linie die Zahlungsmittel- und Tauschmittelfunktion des Geldes in den Blick nimmt, betont die Einkommensversion die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes und bereitete den Weg zu einer umfassenden Analyse der Bestimmungsgründe der Geldnachfrage (Geldhaltung).

Sie führte zu einem radikalen Bruch mit Fishers Diktum, dass das Geld eines »Eigennutzens« entbehrt. Im Zentrum der modernen Portfolioanalyse des Geldes, beginnend bei John Maynard KEYNES und fortentwickelt sowohl von neoklassisch-monetaristischen als auch postkeynesianischen Theoretikern, steht der Charakter des Geldes als ein Vermögensgut, dessen Eigennutzen vorrangig in seiner *Liquidität* zu suchen ist; die Portfolioanalyse betont endlich den *Kapitalcharakter des Geldes.*[6]

---

[5] Fisher, I., a.a.O., S. 26.

[6] Vgl. Friedman, M., Die Quantitätstheorie des Geldes – eine Neuformulierung, in: Die optimale Geldmenge und andere Essays, 2.A., München 1976, S. 78:
»Für die letzten Vermögen haltenden Wirtschaftseinheiten ... ist Geld eine Vermögensart... Auf diese Weise ist die Theorie der Geldnachfrage ein spezieller Gegenstand der Kapitaltheorie«.
Es war dieser Gesichtspunkt, der von Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 9. A., Lauf bei Nürnberg, S. 323, »radikalisiert« und »zu Ende gedacht« wurde:
»Der Geldzins ist das Erzeugnis eines selbständigen Kapitals, d.i. des Geldes...«,
eine Konsequenz, die von Keynes, der sich freilich immer vorsichtiger als Gesell ausdrückte, geteilt wird. Dudley Dillard, The Economics of John Maynard Keynes, Englewood Cliffs 1948, S. 194, einer seiner frühen Interpreten, schreibt:
»The rate of interest on money is a kind of institutional monopoly which leads to an artificial scarcity of capital assets«,
denn alle real zu produzierenden *capital assets* müssen die Rentabilitätsschwelle des nie auf null sinkenden Geldzinses überwinden.

Finanzielle Zirkulation und Spekulationskasse

In seinem Werk »Treatise on Money«[7] unterscheidet Keynes zwei Hemisphären des Geldes: die industrielle und die *finanzielle* Zirkulation. Keynes trennt daher die bei Fisher schlicht als Transaktionsvolumen zusammengefassten Güterwelten. Das Geld der industriellen Zirkulation dient der Finanzierung der laufenden Produktion, das Geld der finanziellen Zirkulation dem *»...Verwahren und Austauschen vorhandener Vermögenstitel«,* allerdings einschließlich der *»Übertragung laufender Ersparnisse und Gewinne auf die Unternehmer«*.

Später, in seinem Hauptwerk »General Theory of Employment, Interest and Money«[8] taucht diese Differenzierung nicht mehr explizit auf. Keynes stellt hier gegen die frühe neoklassische Geldnachfragetheorie heraus, dass die Kapital- bzw. Vermögensbildung eine zweistufige Portfolioentscheidung bedingt: neben die Entscheidung des Konsumverzichts, also der Kapitalnachfrage per se tritt die Entscheidung, in welcher Form dieses Vermögen gehalten werden soll. Keynes verengt diese Entscheidung auf die wesentlichen Alternativen, das Vermögen entweder in liquider (Geld) oder nicht-liquider Form (Wertpapiere, d. h. Anleihen) zu halten. Wir nennen mit Keynes das in liquider Form gehaltene Vermögen »Spekulationskasse«, die in der industriellen Zirkulation befindliche Geldmenge »Transaktionskasse«. In der »General Theory« postuliert Keynes

$$L = M = M_T(Y) + M_S(i)$$

Während die Transaktionskasse also wesentlich von der Höhe des Einkommens bestimmt wird, ist die gehaltene Spekulationskasse eine Funktion des Zinses i. Die Spekulationskasse ist um so höher, je niedriger der Kapitalmarktzins i. Bei gegebener Geldmenge M bedeutet das aber, dass mit fallenden Zinssätzen die finanzielle auf Kosten der industriellen Zirkulation aufgestockt wird. Fällt der Kapitalmarktzins auf das Niveau der reinen Liquiditätsprämie des Geldes (den Nutzenertrag der Geldhaltung), dann wird die Nachfrage nach Spekulationskasse »absolut« (die »Liquiditätsfalle«). Niemand ist dann, so Keynes, noch bereit, Anleihen zu erwerben, da der von den Vermögensbesitzern erwartete Wiederanstieg des Zinssatzes Kursverluste auslösen würde, die vom Zinsertrag der Bonds nicht mehr »gedeckt« bzw. kompensiert werden können.

[7] Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung »Vom Gelde«, Berlin 1930.
[8] Zitiert nach der deutschen Übersetzung »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1936.

Formulieren wir dies in der Sprache der Quantitätstheorie:

$$M = M_T + M_S$$

$$t = \frac{M_T}{M}$$

$$h = \frac{M_S}{M}$$

$$t + h = 1.$$

Wir nennen t, also den Anteil der Transaktionsgeldmenge (die Geldmenge der industriellen Zirkulation) die Transaktionsquote, während h, also der verbleibende Anteil der Spekulationsgeldmenge Hortquote heißt.

Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass die »aktive« Geldmenge M_T mit der relativ konstanten Umlaufsgeschwindigkeit V_T zirkuliert. Weil also *cum grano salis* nur der Transaktionsgeldstrom »Werte schafft«, können wir formulieren

$$M_T V_T = PY = MV.$$

Da die Umlaufsgeschwindigkeit V in Theorie und Praxis lediglich als statistischer Ausweis der Division des Nominaleinkommens durch die Geldmenge ermittelt werden kann, sie also *nicht* als die effektive »Einkommenskreislaufgeschwindigkeit« (nämlich V_T) betrachtet werden kann, bezeichnen wir V als statistische Umlaufsgeschwindigkeit V^{stat}, die nun eindeutig als eine Funktion der inaktiven oder Hortgeldmenge M_S identifiziert werden kann:

$$\frac{M_T}{M} V_T = V^{stat}$$

$$tV_T = V^{stat}$$

$$(1-h)V_T = V^{stat}$$

Bereits A.C. PIGOU hat in seinem von Keynes heftig kritisierten Werk »The Theory of Unemployment« diese Differenzierung thematisiert, ohne indes den Zusammenhang zwischen effektiver und statistischer Umlaufsgeschwindigkeit herauszuarbeiten:

»*With the formula I = Mv,[I=PY], v is a mere arithmetic ratio without any physical significance. It is defined by the formula in which it figures. …With the formula I = M'v', however, this is not so. When we call M' the relevant*

(an anderer Stelle: active) stock of money, we must mean, if we are to mean anything, that each unit of M' becomes income at least once during the period under review«. [9]

Es zeigt sich also, dass die übliche Formulierung der Einkommensversion der Quantitätstheorie die von Fisher noch beachtete Tatsache übersieht, dass eben nicht die gesamte Geldmenge M auf die Wertschöpfungs- und Stromgröße Y bezogen werden kann.

Variationen der »Umlaufsgeschwindigkeit«, in der aktuellen Zentralbankpolitik kaum thematisiert, bedeuten daher nicht oder nicht in erster Linie, dass das Geld tatsächlich »langsamer« zirkuliert, sondern:

»Es wird zuweilen gesagt, dass zurückgelegtes Geld der Zirkulation entzogen worden sei. Dies besagt aber nur in anderer Form, dass das Zurücklegen zu einer Verminderung der (statistischen, T.H.) *Umlaufsgeschwindigkeit führt«.*[10]

Dabei muss keineswegs angenommen werden, dass die Spekulationskassen tatsächlich »ruhendes« Geld im Sinne des überkommenen Hortungsbegriffs (i*dle money*) darstellen.

Wenn wir die Einkommensversion der Quantitätstheorie in ihrer Erweiterung und Reformulierung bei M. FRIEDMAN betrachten, der als Argumente in der Nachfragefunktion nach Realkasse neben dem (allerdings langfristig erwarteten »permanenten«) Einkommen im Wesentlichen die Ertragsrate des Geldes R_M (den risikolosen Zinssatz auf Termin- bzw. Spardepositen), die Rendite festverzinslicher Wertpapiere R_B, die erwartete Ertragsrate auf Sachvermögen R_K sowie den „Eigennutzen« des Geldes u anführt,

$$\frac{M}{P} = F[Y, R_M, R_B, R_K, u] ,$$

dann können wir eine Brücke zurück zur Transaktionsversion von I. FISHER schlagen. FRIEDMAN behauptet ausdrücklich nicht, dass die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes konstant sei, er behauptet lediglich, dass die so definierte Geldnachfrage als eine *stabile* (d. h. *langfristig* konstante) Funktion ihrer o. g.Variablen zu betrachten sei. Die tatsächliche Kassenhaltung ist das Ergebnis einer Portfolioanpassung im Sinne des relativen Ausgleichs der Renditen der Vermögensanlagealternativen einschließlich des Geldes. Da dieser sog. *Transmissionsmechanismus der relativen Preise,* bevor er die Gütermärkte – in erster Linie auch neu produziertes Sachkapital der Primärmärkte – erreicht, immer auch und sogar *primär* Finanzaktiva der

[9] Pigou, A.C., The Theory of Unemployment, Cambridge 1933, S. 194 ff
[10] Fisher, I., a.a.O., S.65.

Sekundär- oder Bestandsmärkte umfasst, können wir diesen Prozess als Bewegung des Geldes zwischen industrieller und finanzieller Zirkulation betrachten. Und dabei ist bei entsprechend niedriger Rendite auf neu produziertes Sachkapital keinesfalls ausgeschlossen, dass sich die Liquidität auch längerfristig in der finanziellen Zirkulation »staut«.

Übersetzt in den Fisher-Ansatz der Verkehrsgleichung und unter expliziter Berücksichtigung der Trennung von industrieller und finanzieller Zirkulation lässt sich formulieren:

$$MV = P_Y Y + P_W W_e$$

$$P_Y Y = M_T V_T$$

$$P_W W_e = M_S V_S$$

also

$$MV = tMV_T + hMV_S$$

$$MV = M[tV_T + hV_S]$$

und

$$V = tV_T + hV_S.$$

Mit:

W (wealth): Bestandsvermögen (Aktien, Anleihen, Devisen, Immobilien, Unternehmen),

PW : Preisniveau des Vermögens,

e : Umschlagskoeffizient des Vermögens.

(Dabei stehen der Umschlagskoeffizient des Realvermögens e und die Umlaufsgeschwindigkeit der Spekulationskasse VS in keinem eindeutigen Zusammenhang.)[11]

Die Fisher-Umlaufsgeschwindigkeit V der Gesamtgeldmenge ist also der gewogene Durchschnitt der Umlaufsgeschwindigkeiten der industriellen und der finanziellen Zirkulation, gewogen mit den Anteilen t bzw. h.[12]

[11] e ist der Anteil des an den Märkten angebotenen am Gesamtbestand der Aktiva; so sind an den Aktienmärkten Kurssteigerungen sowohl mit hohen als auch mit geringen Umsätzen vereinbar.

[12] Da VS *in der Regel* wesentlich höher als VT sein dürfte, ist der Erkenntniswert dieser Formulierung für geldpolitische Analysen natürlich gering, jedenfalls geringer als die oben formulierte Einkommensversion.

Relevanz für die Geldpolitik

Die hier auf keynesianischer Grundlage referierten Zusammenhänge knüpfen natürlich an eine den geldpolitischen Instanzen (Europäische und andere nationale Zentralbanken, Deutsche Bundesbank) bekannte Tatsache an, die sie gleichwohl in einen gewissen »Erklärungsnotstand« bringt. So heißt es im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Januar 2005:

»Im Gefolge der im Jahr 2000 einsetzenden Aktienmarktbaisse und der damit verbundenen ausgeprägten Unsicherheit an den Finanzmärkten beschleunigte sich das monetäre Wachstum ab Mitte 2001. Dadurch lag die Zuwachsrate von M3 (die Geldmengendefinition der EZB; TH) kontinuierlich über dem von der EZB veröffentlichten Referenzwert für das inflationsfreie Wachstum der Geldbestände, ohne dass der daraus resultierende monetäre Überhang bislang mit einem Inflationsanstieg einherging.«[13]

Eine Tatsache, die auf der Basis keynesianischer Geldtheorie leicht erklärbar ist:

Es ist nicht, jedenfalls nicht in erster Linie – wie EZB und Bundesbank immer wieder beteuern – die »ausgeprägte Unsicherheit« an den Finanzmärkten, die hierfür verantwortlich ist. Vielmehr ist es schlicht und ergreifend die in der Tat relativ neue und erst im Gefolge der weltweiten Deregulierung der Finanzmärkte zu beobachtende Hypertrophie der Bestandsmärkte, die wiederum aus dem Bestreben resultiert, hier – d.h. in einem globalen Null-Summen-Spiel – Renditen zu erzielen, die die realwirtschaftliche Wachstums- und Investitionsdynamik nicht mehr hergibt.

Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Zentralbanken sich eines Tages in einer Dilemmasituation wiederfinden, die man als »Asset-Preis-Falle« beschreiben könnte. Wenn man den in den Bestandsmärkten gebundenen Liquiditätsüberhang für ein – zumindest etwas längerfristig – ernst zu nehmendes Inflationspotential hält, also eine massive Verlagerung der Liquidität aus dem finanziellen in den industriellen Kreislauf als möglich und wahrscheinlich ansieht, wäre eine Neudefinition des – geldpolitisch zu stabilisierenden – Preisniveaus als irgendwie gewichteter Durchschnitt aus

[13] Art. »Der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisen«, a. a. O., S. 15-27. EZB und Bundesbank verweisen in diesem Zusammenhang immer wieder auf »Portfolio*umschichtungen*« der Vermögensbesitzer von z. B. kursrisikobehafteten Anleihen in sichere Anlageformen wie z. B. Termineinlagen, eine makroökonomische Unmöglichkeit; die These ist nur dann haltbar, wenn die Geschäftsbanken nicht zum Kreis der Portfeuillebesitzer gezählt werden; oder aber es wäre schlicht von Geldkapital*bildung* durch Geld*schöpfung* zu sprechen.

Verbraucher- *und Assetpreisen* eine vermeintlich konsequente Reaktion. Käme es dann zu den gefürchteten Blasenbildungen (*asset price bubbles*) an den Bestandsmärkten, hätte die Zentralbank mit letztlich immer erfolgreichen Zinserhöhungen zu reagieren, um diese Blasen »aufzustechen«. Damit verbunden wären allerdings unter Umständen drastische Konjunktur- und Wachstumseinbrüche, zumindest aber stagnative Tendenzen im realen Sektor der Volkswirtschaft, ein Dilemma, auf das KEYNES bereits 1930 aufmerksam machte.[14]

Die heute noch als selbstverständlich hingenommene und praktizierte makroökonomische Steuerung unserer Volkswirtschaften durch den Zins (und nicht durch die Geldmenge!), den Zentralbankzins, würde wohl an ihre Grenzen stoßen und könnte dann ebenso ins Gerede kommen wie die bekanntlich so lange Zeit selbstverständliche Goldwährung, bis sie schließlich als »barbarisches Relikt« (Keynes) einem anderen Geldsystem weichen musste.

Dynamische Version und Goldene Regel[15]

Wenn die Variablen der Verkehrsgleichung logarithmisch nach der Zeit differenziert werden, können wir sie als Beziehung von Wachstumsraten formulieren:

$$m + v = p + y.$$

Kombinieren wir dies mit der Realzinsparität von FISHER, also dem Zusammenhang von Nominal-(Geld-)zinssatz i, Inflationsrate p und Realzinssatz r:

$$i = p + r,$$[16]

dann lässt sich ableiten, dass die Bedingung für das gesellschaftliche Optimum im Sinne der sog. Goldenen Regel der Kapitalakkumulation, d.h. die

[14] Um diesem Dilemma zu entgehen, bliebe wohl nur der Rückgriff auf eine – heute als *nicht marktkonform* mehr oder weniger verpönte – *selektive Kreditpolitik*.

[15] Vgl. Huth, T., Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht, Berlin 2001.

[16] Fisher selbst stellt in seiner Analyse des Übergangsprozesses zwischen zwei langfristigen Gleichgewichtspositionen als Resultat einer Geldmengenexpansion die zeitlich verzögerte Anpassung des Nominalzinssatzes an die höhere Inflationsrate in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Wir gehen indes von einer perfekten und unverzögerten Anpassung des nominalen Satzes an die laufende Inflationsrate aus.

Übereinstimmung von Wachstumsrate y und Realzinssatz r, ihr monetäres Äquivalent in der Übereinstimmung von Geldzinssatz i und Wachstumsrate der Transaktionsgeldmenge $m+v = m_T$ findet:

$$m + v = m_T < i \Rightarrow y < r.$$

Das Theorem der Goldenen Regel besagt, dass das Einkommen einer nichtwachsenden, stationären Volkswirtschaft dann maximal sein wird, wenn der Realzinssatz gleich Null ist.

Das dynamische optimale Gleichgewicht (maximaler Konsum C) verlangt entsprechend die Übereinstimmung von positiver Wachstumsrate y und Realzinssatz r.[17] Betrachten wir die Gleichungen der Einkommensverwendung und -verteilung für eine geschlossene Volkswirtschaft ohne Staat:

Einkommen = Konsum + Investition.

$$Y = C + I$$

und

Einkommen = Lohnsumme + Kapitaleinkommen:

$$Y = W + P$$

Andererseits:

Investitionen = Wachstumsrate ∗ Kapitalstock:

$$I = yK$$

Kapitaleinkommen = Zinssatz ∗ Kapitalstock:

$$P = rk,$$

d. h.

$$r = y \Leftrightarrow P = I$$

und

$$C = W;$$

$$C = C_W + C_p = W = C_W + S_W,$$

daher

$$C_P = S_W.$$

[17] Die gesellschaftliche Optimalität der *Goldenen Regel* wird nach herrschender Meinung mit dem Hinweis auf die notwendige Nutzendiskontierung mit einer sog. Zeitpräferenzrate in Abrede gestellt. Nach dieser Lesart resultiert die immerwährend positive Untergrenze der langfristigen Kapitalmarktzinsen also nicht aus der institutionellen Verfassung des Geldsystems, sondern aus den quasi naturgegebenen Präferenzen der Wirtschaftssubjekte.

Das so definierte gesellschaftliche Optimum verlangt daher nicht, dass Konsum aus Kapitaleinkommen im Sinne des »Rechts auf den vollen Arbeitsertrag« der unselbstständig Beschäftigten ausgeschlossen ist. Allerdings ist er nur dann möglich, wenn ein äquivalenter Teil des Kapitalstocks im Tausch gegen diese Konsumgüter gegeben wird. Konsum aus Kapitaleinkommen C_P ist daher immer durch einen äquivalenten Betrag der Ersparnis aus Lohneinkommen S_W »gedeckt«. Ein »Mehrwert« (im Sinne von MARX), also ein exploitativ, aus der Mehrarbeit anderer und daher ohne Äquivalent angeeigneter Konsum aus Kapitaleinkommen ist unter der Bedingung der Goldenen Regel hingegen ausgeschlossen.

»Mehrwert« ist daher immer nur dann möglich, wenn der Geldzinssatz – einerlei ob in einer stationären oder wachsenden Wirtschaft – höher steht als die Wachstumsrate (d. h. m_T) der *aktiven oder effektiven* Geldmenge M_T.

Das Geld als *Kapital* wird dann zu einem Rente tragenden Gut. In einer stationären Volkswirtschaft mit konstanter Geldmenge und positivem Zinssatz ist die Analogie zum Boden vollständig: Da ein Nutzungs- oder Terminkontrakt für Boden (Geld) nicht durch eine gewachsene Boden(Geld-)menge getilgt werden kann, muss der Nutzungspreis in einem anderen Medium (entweder Einkommen oder Vermögen) beglichen werden. Anders als beim reproduktionsfähigen Realkapital ist unter diesen Umständen die Rente verschaffende (und gesellschaftlich verursachte) Knappheit des Geldes ebenso wenig zu überwinden wie die (naturgegebene) Knappheit des Bodens.

Der Boden als Privileg und Kapitalgut[1]

Zugleich eine Strukturskizze zum Zusammenhang der Forderungen nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung[2]

Fritz Andres

1. Der Boden – ein Privileg?

In der Zeit des Feudalismus gehörte der überwiegende Teil des Bodens, also der Existenzgrundlage a l l e r Menschen, nur w e n i g e n Familien. Von diesen war die Mehrheit der Bevölkerung abhängig – oft bis zur sog. »Bindung an die Scholle«! Der Bodenbesitz war ein Vorrecht Weniger, ein Privileg, das streng gehütet und in der Regel nur im Erbwege weitergegeben wurde. Sein wirtschaftlicher Ertrag kam den Privilegierten in Form von Abgaben, Frondiensten und dgl. zugute.

»Ein echter Fortschritt, dass man diese Verhältnisse abgeschafft hat« – wird mancher sagen. Heute ist der Bodenbesitz breit gestreut (Statistiken fehlen allerdings) und nicht nur im Erbwege zugänglich. Von privilegierten Familien wie im Feudalismus kann nicht mehr oder kaum noch die Rede sein. Aber sind damit die früheren Verhältnisse wirklich überwunden? Oder haben sich die Strukturen vielleicht nur bis zu einem gewissen Grade entschärft, im Kern aber erhalten? Wie anders soll man die Tatsache beurteilen, dass die Erde, die Lebensgrundlage aller Menschen, auch heute faktisch auf eine begrenzte Anzahl von Menschen verteilt ist, – sehr unterschiedlich, weitgehend zufällig und willkürlich –, so dass, wer nicht zu diesem weiten, aber exklusiven Club gehört, sich entweder als Mitglied einkaufen oder lebenslänglich »Miete« zahlen muss, um als Erdenbürger sein Dasein fristen zu können. Die Summe aller grundbuchmäßigen Eigentümer also als Herren der Erde, als ihre Eigentümer? – und somit als, wenn auch etwas demokratisierte, Nachfolger der Feudalherren ?

In gewisser Weise ist das so. Auch wenn daher die Überwindung des Feudalismus als historischer Fortschritt nicht kleingeredet werden soll, so

[1]) Überarbeitete und ergänzte Fassung des unter gleichem Titel in der Zeitschrift für Sozialökonomie Heft 140 S. 3 ff. abgedruckten Aufsatzes.

[2]) Diese Forderungen stehen im Zentrum des sogenannten konziliaren Prozesses (processus confessionis) der christlichen Kirchen.

bleibt doch festzuhalten, dass der harte Kern, die Privilegienstruktur des Bodenbesitzes, bis heute noch nicht geknackt ist![3]

2. Der Boden – ein Kapitalgut?

Während der Privilegiencharakter des Bodeneigentums durchweg übersehen wird, findet seine Handhabung als Kapitalgut – und damit als ein Teil des Kapitalmarkts – allgemeine und unproblematische Anerkennung. Wer eigene oder fremde Ersparnisse anzulegen hat, dem bietet sich in der bunten Palette der Möglichkeiten immer auch der Boden als eine Form der Kapitalanlage an. Bei feststehendem Einsatz – dem Kaufpreis zuzüglich Anschaffungsnebenkosten – kann mit einem laufenden, durch Nutzung zu realisierenden Ertrag oder – spekulativ und zunächst einmal unabhängig von der Grundstücksnutzung – mit einer Wertsteigerung gerechnet werden. Es sind die gleichen Überlegungen, die der Anleger auch bei anderen Anlageformen anstellt. Der Boden scheint sich daher zwanglos in den Kapitalmarkt einzufügen.

Aber diese Sicht der Dinge ist oberflächlich und wird den Tatsachen nicht gerecht. Kapital ist zunächst »aufgehäufte Arbeit«, also eine Bestandsgröße, die sich vermehren und vermindern lässt. Der Boden dagegen stammt nicht aus der Arbeit und ist im Prinzip weder vermehr- noch verminderbar. Entgegen dem ersten Anschein ist er daher auch keine Bestandsgröße, denn sein ökonomisch relevanter Nutzen besteht in seiner laufenden Nutzbarkeit, die ewig besteht und somit eine Stromgröße, keine Bestandsgröße darstellt. Zurecht haben daher die Ökonomen früherer Zeiten bei ihrer Behandlung des Bodens stets dessen laufende Nutzungsmöglichkeit hervorgehoben, die sie, bewertet durch Angebot und Nachfrage, als Bodenrente bezeichnet haben. Die Bodenrente ist daher der Dreh- und Angelpunkt jeder ökonomischen Betrachtung des Bodens.

In Bezug auf den Boden haben wir damit eine seltsame Bewusstseinssituation: was er ist – ein Privileg –, wird übersehen; was er nicht ist – ein Kapitalgut – , dafür wird er gehalten!

[3]) In dieser Gedankenskizze ist nur vom Boden die Rede. Aber auch eine Wasser- oder Ölquelle ist – bei allgemeiner Knappheit von Wasser und Öl – für deren Besitzer ein Privileg. Und auch das Menschheitsgut , das der atmosphärische Aufnahmespeicher für CO_2-Emissionen doch eigentlich darstellt, ist durch die Begrenzung und Aufteilung, die die Vertragsstaaten von Kyoto in diesem Medium vorgenommen haben, zu einer knappen Ressource geworden, an der sie selbst eine Privilegiengesellschaft unter sich neu begründet haben. Es liegt daher nahe, die am Boden entwickelten Gedanken bei sinngemäßer Anpassung an die Eigenarten der übrigen Naturreiche auch auf diese anzuwenden, was aber weiteren Ausarbeitungen vorbehalten bleiben soll (siehe dazu bereits meine Beiträge in »Fragen der Freiheit« Heft 258, S. 33-65 über »Klimapolitik als Ordnungspolitik« und in Heft 261, S. 14-47 zum Zusammenhang von Klima- und Rohstoffproblem, ferner den Aufsatz von E. Behrens »Ökologische Rohstoffwirtschaft« in Heft 222, S. 56-62).

3. Kapitalisierung und Entkapitalisierung des Bodens

Wie kommt es nun, dass heute selten von Bodenrente, wohl aber sehr viel von Bodenpreisen und deren Veränderungen die Rede ist. Spricht dies nicht doch dafür, dass der Boden ein Bestandsgut ist und die Bodenrente eine Erfindung früherer Ökonomen, die heute zurecht keine Rolle mehr spielt? Daher noch einmal die Frage: Ist der Boden eine Bestands- oder eine Stromgröße?

Um hierüber Klarheit zu bekommen, muss einem zunächst einmal zum Problem geworden sein, wieso überhaupt der ewige Nutzenstrom, den der Boden zweifelsfrei bietet, in einer endlichen Größe, dem Bodenpreis, ausgedrückt werden kann. Mit anderen Worten: warum sind die Bodenpreise eigentlich nicht unendlich hoch? Die Frage wird noch deutlicher, wenn man sich klar macht, dass alle geschaffenen Güter, zu denen auch das Kapital gehört, nicht nur endliche Herstellungskosten, sondern auch eine endliche Nutzungsdauer haben und es von daher verständlich erscheint, dass ihr Wert in einem endlichen Preis ausdrückbar ist. Man sollte daher nicht leichtfertig über die Frage hinweggehen, warum der Preis des Bodens nicht unendlich ist.

Geht man zunächst von einem verpachteten Grundstück aus, so kann man feststellen, dass sich in der Höhe der Pacht, wenn diese durch Angebot und Nachfrage ermittelt wurde, der Knappheitswert der laufenden Nutzungsmöglichkeit des Grundstücks, d.h. seine Bodenrente zeigt. Warum ist nun der Bodeneigentümer beim Verkauf bereit, diesen ewigen Einkommensstrom für eine endliche Summe, den Kaufpreis des Grundstücks, herzugeben? Die Sache ist klar: wenn er einen Kaufpreis erhält, der ihm bei Anlage auf dem Kapitalmarkt eine Verzinsung erbringt, die der Bodenrente seines Grundstücks – seiner Pacht – entspricht, so wird es ihm letztlich gleichgültig sein, ob der monetäre Einkommensstrom »Bodenrente« oder »Zins« genannt wird – ökonomisch werden ihm beide Anlageformen gleich viel wert sein. Das bedeutet aber: nur deswegen und nur solange auch die Bestandsgröße Kapital einen im Prinzip ewigen Einkommensstrom, den Zins abwirft, ist der Bodeneigentümer bereit, sein Grundstück, das ihm eine ewige Bodenrente abwirft, für einen endlichen Kaufpreis herzugeben.

Das, worauf es ankommt, damit der Kauf zustande kommt, ist daher letztlich die Übereinstimmung des erwarteten Bodenrentenstroms mit dem erwarteten Zinsstrom. Welcher Kaufpreis notwendig ist, um diese Gleichheit herzustellen, hängt vom Zinssatz ab. Ist der Zinssatz auf dem Kapitalmarkt hoch, so wird der Verkäufer des Grundstücks mit einem vergleichsweise geringen Kaufpreis zufrieden sein, da ihm schon dieser ein der Bodenrente seines Grundstücks entsprechendes Zinseinkommen verspricht. Sinkt aller-

dings der Zinssatz, so wird er einen höheren Kapitalbetrag als Kaufpreis fordern müssen, wenn sein zukünftiges Zinseinkommen nicht hinter seinem derzeitigen Bodenrenteneinkommen zurückbleiben soll.

Aus der Sicht des Grundstückskäufers sehen die Dinge ganz entsprechend aus: bei einem positiven Zinssatz wird er sich von seinem Kapital und damit von seinem Zinseinkommen nur trennen, wenn er ein gleich hohes Bodenrenteneinkommen dafür erhält. Steigt der Zinssatz, so wird er sein bisheriges Preisangebot nicht aufrecht erhalten, da ihm der gebotene Kapitalbetrag inzwischen ein über der Bodenrente des in Aussicht genommenen Grundstücks liegendes Zinseinkommen erbringt. Er wird sein Angebot daher nach unten korrigieren, wenn er kein schlechtes Geschäft machen will. Und umgekehrt wird er bereit sein, bei einem sinkenden Zinssatz sein Kaufpreisangebot so weit zu erhöhen, bis das aus dem gebotenen Kapitalbetrag sich ergebende Zinseinkommen trotz des gesunkenen Zinssatzes der Bodenrente entspricht. Arbeitet der Käufer nicht mit eigenem, sondern mit fremdem Kapital, wird ihm die Bank die gleichen Überlegungen vorhalten. Denn auch sie wird darauf achten, dass der Zinsstrom, den sie aus dem Kredit erwartet, aus dem Einkommensstrom, den der Käufer aus dem erworbenen Grundstück ziehen kann, abgedeckt wird. Und dementsprechend wird auch sie bereit sein, bei steigenden Zinssätzen nur noch geringere, bei sinkenden Zinssätzen dagegen höhere Kaufpreise zu finanzieren.

Kurz gesagt: auch wenn sich die Knappheitsverhältnisse bei Angebot und Nachfrage nach Boden überhaupt nicht ändern, die Bodenrenten also konstant bleiben, führen steigende Zinssätze zu einem Sinken und sinkende Zinssätze zu einem Steigen der Bodenpreise. Das Nähere geht aus der nachstehenden Tabelle hervor:

Tabelle I
Kapitalisierung des Bodens bzw. der Bodenrente durch den Zins

Bodenrente* Euro	Kapitalzins** %	Grundstückspreis Euro
1.000,–	10	10.000,–
1.000,–	5	20.000,–
1.000,–	1	100.000,–
1.000,–	0,5	200.000,–
1.000,–	0,1	1.000.000,–
1.000,–	0	∞

* Maßgebend ist die zukünftig erwartete, erzielbare Bodenrente.
** Maßgebend ist der um die erwartete Inflationsrate bereinigte langfristige Zins auf dem Kapitalmarkt (Realzins).

Aufschlussreich an dieser Tabelle ist neben der allgemeinen Abhängigkeit der Bodenpreise vom Kapitalzins die letzte Zeile, die zeigt, dass bei einem Kapitalzins von Null die Bodenpreise ins Unendliche steigen. Was zunächst vielleicht den Eindruck eines Extremfalls macht, erweist sich bei näherer Betrachtung als die natürlichste Sache der Welt: wenn es außer dem Boden nichts mehr gibt, was einen ewigen Einkommensstrom abwirft, weil Kapital sich nicht mehr verzinst, dann ist Boden auch nicht mehr mit irgend etwas anderem, auch nicht mehr mit Kapital, vergleichbar und bezahlbar. Der Einkommensstrom aus Kapital, der Zins, schlägt – solange er existiert – eine Brücke zwischen der Bestandsgröße Kapital, aus der er hervorgeht, und dem aus dem Boden hervorgehenden ewigen Einkommensstrom, der Bodenrente. Fällt der Zins auf Null, so entfällt diese Brückenfunktion: der Boden wird unbezahlbar, weil er wegen der ewigen Bodenrente dann gegenüber der Welt der knappen, vergänglichen Güter unvergleichlich dasteht. Seine eigentliche Natur wird dann offenbar. Sie war in Zeiten eines positiven Zinses durch die Tauschbarkeit des Bodens gegen Kapital nur verdeckt, nicht aufgehoben.

Halten wir also fest: nur weil und solange das Kapital Zinsen abwirft, gibt es beim Boden Preise. Sinkt der langfristige Kapitalzins auf Null, so offenbart sich die Unvergleichlichkeit des Bodens im Verhältnis zu den geschaffenen Gütern, indem seine Preise auf unendlich steigen. Boden wird damit unverkäuflich. Das bedeutet, dass eine Überwindung des Kapitalismus uns – ohne Bodenreform – in den Feudalismus zurückwirft. Das alte, nur noch verschenk- und vererbbare Bodenprivileg würde in neuem Glanz, wenn auch etwas dezentralisierter als früher, wiedererstehen! Daraus folgt: die Bodenreform muss, um diesen Rückfall zu verhindern, durchgeführt werden, bevor die Geldreform ihre langfristigen Folgen in sinkenden Kapitalzinsen zeitigt.

Die Brückenfunktion des Zinses, der den Boden zu einer dem Kapital vergleichbaren Größe macht, kann man auch so ausdrücken: nur weil und solange das seltsame Phänomen besteht, dass eine Bestandsgröße (das Kapital als »aufgehäufte Arbeit«) eine Stromgröße (den Zins) hervorbringt, wird die Stromgröße, die der Boden ökonomisch darstellt (Bodenrente), zu einer Bestandsgröße (Kapitalgut) – und damit allen Verhaltensweisen zugänglich, die mit Bestandsgrößen möglich sind wie Handel, Beleihung und Spekulation[4].

Dass der Boden eine Stromgröße ist und nur dank der Verzinslichkeit des Kapitals wie eine Bestandsgröße behandelt werden kann, ergibt sich auch aus der folgenden Tabelle, die sich auf das gleiche Grundstück wie Tabelle I

[4]) Näheres dazu siehe unter 4.

bezieht und Auskunft darüber gibt, was bei konstantem Zinssatz mit den Bodenpreisen passiert, wenn die ebenfalls konstante Bodenrente mit einer Abgabe belastet und schließlich vollständig abgeschöpft wird:

Tabelle II
Entkapitalisierung des Bodens durch eine Abgabe

Bodenrente* Euro	Abgabe %	Restrente Euro	Kapitalzins** %	Grundstückspreis Euro
1.000,–	0	1.000,–	5	20.000,–
1.000,–	50	500,–	5	10.000,–
1.000,–	90	100,–	5	2.000,–
1.000,–	99	10,–	5	200,–
1.000,–	100	0,–	5	0,–

* Maßgebend ist die zukünftig erwartete, erzielbare Bodenrente.
** Maßgebend ist der um die erwartete Inflationsrate bereinigte langfristige Zins auf dem Kapitalmarkt (Realzins).

Es ist klar, dass die Bodenpreise im gleichen Verhältnis fallen, wie die Abgabe die Bodenrente erfasst. Auch hier ist die letzte Zeile zunächst verblüffend, wird aber verständlich, wenn man bedenkt, dass niemand bereit sein wird, für ein Grundstück, dessen erzielbarer Ertrag in aller Zukunft abgeschöpft werden wird, noch einen Kaufpreis zu zahlen. Damit erweist sich der Boden ökonomisch als reine Stromgröße: ohne den Ertragsstrom sinkt sein Wert auf Null. Darin unterscheidet er sich deutlich vom Kapital: sinkt nämlich dessen Verzinsung auf Null, so bleibt seinem Inhaber immer noch der Kapitalbetrag als Bestandsgröße erhalten, die er durch Arbeit vermehren, aber auch heute oder später vermindern bzw. verbrauchen kann.

Man kann den Boden daher auch als eine Quellgröße bezeichnen, die einen Nutzenstrom abgibt: ohne einen solchen Strom ist sie, wie jede andere Quelle, ökonomisch ohne Wert. Die Kapitalisierung des Bodens durch den Zins bedeutet dann, im Bilde gesprochen, dass eine Quellgröße zu einer Bestandsgröße (Kapital) denaturiert wird, und zwar dadurch, dass eine Bestandsgröße (Ersparnis, Kapital) durch ihre Verzinslichkeit in den Adels- und Privilegienstand einer Quellgröße erhoben wird! So verfehlt allerdings die Verzinslichkeit des Kapitals ist, die aus einer Bestands- eine Quasi-Quellgröße macht, so verfehlt ist der sich daraus ergebende Reflex, durch den die Quellgröße Boden zu einer – dem Handel, der Beleihung und der Spekulation preisgegebenen – Schein-Bestandsgröße herabgestuft wird.

4. Einige Folgen, die sich aus der Kapitalisierung des Bodens ergeben

Die Kapitalisierung des Bodens bedeutet in gewisser Weise eine Verdinglichung der Stromgröße Boden. Mit ihr ist die Grundlage dafür gegeben, dass der Boden zur Handelsware werden kann. Er könnte nie Handelsware sein, wenn er keinen Kapitalwert und damit keinen Preis hätte. Bodenhandel setzt daher, wie die Bodenpreise selbst, einen Kapitalmarkt mit positivem Zinssatz voraus. Aber der Handel mit Boden hat auch eine rechtliche Bedingung: er muss durch die Rechtsordnung zugelassen werden. Diese Bedingung war im Feudalismus nicht erfüllt: es gab damals zwar schon Bodeneigentum, dieses war jedoch überwiegend nicht handelbar, sondern nur erblich. Zu einem entwickelten Kapitalmarkt mit positivem Zinssatz (Kapitalismus) als ökonomischer Voraussetzung musste die freie Handelbarkeit der Grundstücke (Liberalismus) als rechtliche Voraussetzung hinzukommen, damit das Privileg, das das Bodeneigentum im Feudalismus darstellte, handelbar und der Boden zu einem Teil des Kapitalmarkts werden konnte[5].

Eine Gesellschaft, die den Boden zum Kapitalgut macht bzw. ihn so behandelt, als wäre er eins, bekommt dadurch ein in vieler Hinsicht verändertes Gepräge: gegenüber einer Gesellschaft, in der das Privileg des Bodeneigentums nur im Erbstrom übertragen wird (Feudalismus), hat der Boden als handelbares Kapitalgut den Vorteil, dass er auch für die bisher nicht privilegierten Familien und einzelnen Nutzungsinteressenten über Arbeit und Ersparnis oder sonstigen Kapitalbesitz zugänglich wird, ohne dass sie sich einem Feudalherrn unterwerfen müssen. Das erweitert den Kreis potentieller Bodeneigentümer und die Chance, dass sich die tatsächliche Bodenverteilung mehr nach der Kompetenz der Nutzer richtet als im Feudalismus. Andererseits kann Boden durch Verkauf oder Beleihung zu Kapital verwandelt werden. Dadurch wurde auch die Bindung der Feudalherren an ihren Besitz im Prinzip ohne Verlust lösbar!

Beides, die Eröffnung des Zugangs zum Boden über das Kapital für die Nutzungswilligen und die Aufhebbarkeit der erblichen Bindungen an den Boden für die Eigentümer, hat den Freiheitsgrad der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Feudalismus deutlich erhöht, ohne jedoch – wie wir sahen – dessen Grundübel wirklich zu beseitigen. Denn Privileg bleibt Privileg, auch wenn es wie ein Kapitalgut gehandelt werden kann und sich nicht mehr nur in der Hand weniger befindet, sondern breit gestreut ist. Und auch das Verhältnis von Besitz zu Nutzung, genauer: von Besitzvertei-

[5]) Aus der kritischen Wahrnehmung dieser Entwicklung hat sich die Forderung »Boden darf keine Ware sein!« ergeben.

lung zur Verteilung der Nutzungsfähigkeiten und -bedürfnisse, bleibt unbefriedigend, eine mehr oder weniger ausgeprägte Polarisierung der Gesellschaft in – überspitzt ausgedrückt – »besitzende Nichtsnutze« und »nutzungswillige Habenichtse« bleibt bestehen: Verschwendung (incl. Hortung) hier, Mangel dort – und alles weit entfernt von einem gesamtgesellschaftlich wünschenswerten, effizienten Umgang mit einer knappen natürlichen Ressource, wie sie der Boden darstellt. Dies gilt schon bei nationaler Betrachtung und sorgt dort für Konfliktstoff. Die internationalen Probleme, die von dieser Bodenordnung ausgelöst werden, kommen hinzu.[6]

5. Die Spaltung der Gesellschaft durch die Privilegienstruktur des Bodenbesitzes und die Auswirkungen dieser Spaltung

Was die heutige Bodenordnung also im Kern verfehlt macht, das ist der Privilegiencharakter des Besitzes, der durch die Zugänglichkeit über das Kapital zwar gemildert, aber keineswegs beseitigt wird. Ihm entspricht die Ausgeschlossenheit Nutzungswilliger oder schlicht Bedürftiger, die aus der Privilegienstruktur reflexartig hervorgeht. Will man sich über die Nachteile und Gefahren einer solchen Bodenordnung ein klares Bild verschaffen, so ist es zweckmäßig, von diesen beiden Übeln, von denen eins das Spiegelbild des anderen ist, auszugehen und ihre Auswirkungen in die Gesellschaft hinein zu verfolgen. Die wesentlichen Linien seien nachfolgend skizziert:

a) Der Privilegiencharakter des Bodens

Er macht den Besitz um seiner selbst willen, d.h. unabhängig von der Nutzung erstrebenswert. Der ewige Nutzenstrom der Bodenrente, der den Besitz zum Privileg erhebt, sichert dem Inhaber ein laufendes, arbeitsloses Einkommen und, wenn das Privileg handelbar ist, die Chance realisierbarer Vermögenswertsteigerungen. Hortung und Spekulation sind die naheliegenden Folgen. Daraus folgt natürlich, dass der Besitz und dessen Erweiterung auch tatsächlich, und unabhängig von der eigenen Nutzung, angestrebt wird.

Für die Erfassung der sozialen und ökologischen Sprengkraft des Bodenprivilegs[7] ist nun die Unterscheidung zweier Fallgestaltungen von Bedeutung, die den nachfolgenden Ausführungen dieses Beitrags zugrunde gelegt wird:

[6]) Zu weiteren, aus der Kapitalisierung des Bodens sich ergebenden Problemen siehe »Wieviel Erde braucht der Mensch?« *in Fragen der Freiheit* Heft 257, Seite 42 f.

[7]) Es sei an dieser Stelle noch einmal auf Fußnote 3) hingewiesen.

– Im ersten Fall befindet sich das Privileg im Besitz anderer. Von dort übt es auf alle oder doch auf viele der dadurch Ausgeschlossenen einen Sog und Anreiz zur – notfalls mit Mitteln der List oder der Gewalt zu unternehmenden – Eroberung bzw. Wegnahme aus. Damit ist die Ausgangssituation für das klassische Muster der Kriege in der Geschichte der Menschheit gegeben: die Eroberung fremder Territorien, manchmal verbunden mit der Vertreibung, meist mit der Unterjochung der dortigen Bevölkerung einschließlich der bisherigen Privilegienbesitzer. Dabei spielten die verschiedenen Privilegien, die mit dem eroberten Besitz verbunden waren, oft eine unterschiedliche Rolle: mal ging es dem Eroberer mehr um die Bodenrente selbst, die von den Eroberten als Abgabe erhoben wurde, mal mehr um die Herrschaft über die Bodenschätze oder das Trinkwasser usw. oder um all dies zusammen. Es ist wohl überflüssig, dies noch mit Beispielen – die den Kolonialismus einschließen müssten – zu belegen.
– Im anderen Fall geht es um die Naturgrundlage möglicher Privilegien außerhalb der bereits besetzten und verteilten Welt. Diese Variante ist nicht nur im vordergründigen Sinne bisher herrenloser Gebiete zu verstehen, sondern auch in dem Raum, der jenseits der für die bestehenden Privilegien geltenden öffentlichen Nutzungsgrenzen liegt, also z. B. in der Möglichkeit der Wohnbebauung auf einem Grundstück, das nach der geltenden Flächenplanung nur als Acker oder Weideland genutzt werden darf, in der Erhöhung der zulässigen Stockwerksbebauung im bestehenden Baugebiet oder in der Erweiterung zulässiger Nitratbelastung von Ackerflächen: auch dieser ganze »Raum« von Nutzungs- und Verschmutzungsmöglichkeiten des Bodens und der übrigen Natur jenseits der heute durch öffentliche Rechtsetzung gezogenen Grenzen gehört zu dem – meist an die bestehenden Bodenprivilegien anknüpfenden – »herrenlosen Territorium«, dessen »Eroberung« durch Ausweitung der zulässigen Nutzungsgrenzen für die Inhaber nicht weniger verlockend ist als die Begründung neuer Privilegien im territorial gesehen bisher herrschaftsfreien Raum. Der Ausweitung bisher zulässiger Nutzungsgrenzen steht es dabei gleich, wenn die ökologisch notwendige Einführung solcher Grenzen politisch verhindert wird. Eroberungszüge bzw. Verhinderungsaktivitäten dieser Art werden meist von den Privilegieninhabern selbst oder ihren Lobbyisten geführt, indem sie durch Einflussnahme auf die staatlichen Organe oder, im Vorfeld, auf die Wissenschaft dafür sorgen, dass die ökologisch notwendigen Beschlüsse gar nicht erst oder mit viel zu geringer Reichweite zustande kommen oder durchlöchert oder im Nachhinein wieder zurückgenommen werden. Damit kommen die der Nutzung des Menschen zur Natur hin gezogenen ökologischen und städtebaulichen Grenzen vom Bodenprivileg her unter Druck!

Vom Bodenprivileg geht also in der ersten Variante (Privileg in fremdem Besitz) die Gefahr von Kriegen und in der zweiten (Möglichkeit der Begründung neuer oder Ausweitung bestehender Privilegien in bisher herrenlose Räume, d. h. zu Lasten der Natur) eine Gefährdung für die Umwelt aus.

Dabei wirkt das Bodenprivileg jeweils wie ein Sog, der in den Menschen Habsucht und Gier weckt und dem sich i.d.R. diejenigen am meisten hingeben, die sich für fähig halten, das Privileg auch erreichen, in Besitz nehmen und ausbeuten zu können. Befinden sich die Privilegien im Besitze anderer, so sind es im Zweifel die Stärkeren, die sich auf den Weg machen und einen Krieg vom Zaun brechen. Sind die Privilegien noch herrenlos oder – was auf dasselbe hinausläuft – als Erweiterung bestehender Privilegien über die bisherigen Nutzungsgrenzen hinaus von Interesse, so sind es meistens die »Brancheninsider« mit dem für die Nutzung notwendigen »know how«, die sich der neuen Besitztümer annehmen bzw. als etablierte Besitzer die Erweiterung der Nutzungsgrenzen ihrer Privilegien über die staatlichen Organe betreiben (oder ökologisch notwendige Einschränkungen verhindern).

b) Bedarf und Mangel der von den Privilegien Ausgeschlossenen

Nicht nur der Privilegiencharakter des Boden- und Naturbesitzes selbst zeitigt die skizzierten Folgen. Auch der – durch den Privilegiencharakter reflexartig bedingte – Mangel der besitzlosen Nutzungsbedürftigen wirkt in gleicher Richtung[8]. Auch diesen bleibt zur Überwindung ihrer Not auf der Suche nach Besitz nur übrig, denselben entweder anderen wegzunehmen (Krieg) oder jenseits der erlaubten Nutzungsgrenzen zu suchen (Umweltzerstörung). Dabei ist zu beachten, dass sie aus ihrer typischen Interessenlage heraus den Bodenbesitz nicht primär als Privileg, sondern als Grundlage der Nutzung anstreben – was allerdings nicht ausschließt, dass sie sich nach erfolgreicher Eroberung des Besitzes auch als Privileg erfreuen und die neue Machtstellung ausbeuten.

[8]) Für Silvio Gesell war ein entscheidender Aspekt zur Begründung der von ihm geforderten Bodenreform der, dass *jeder einzelne Mensch* auf die *ganze Erde* angewiesen ist und daher Anspruch auf Teilhabe an ihr hat. »Die Erde gehört zum Menschen, sie bildet einen organischen Teil seiner selbst; wir können uns den Menschen ohne die Erde ebensowenig denken wie ohne Kopf und Magen. Wie der Kopf, so ist auch die Erde ein Teil, ein Glied des Menschen ... Alles braucht der Mensch, nicht einen Teil .... Die ganze Erdekugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen.« (Die Natürlichen Wirtschaftsordnung, 9. Aufl., 1949, Seite 117 f.). Vorrechte und Privilegien schneiden aber den Einzelnen vom Ganzen ab. In ihnen sieht Gesell daher einen der Hauptgründe für die Zwietracht zwischen den Menschen und die Kriege zwischen den Völkern. Selbst eine wie auch immer zu bewerkstelligende reale Gleichverteilung des Bodens nach Fläche, Wert oder dergleichen würde – im Unterschied zur Gleichverteilung der Bodenrente – den Einzelnen vom Ganzen der Erde ausschließen! Diese Sicht Gesells war Gegenstand meines Referats auf der auf Seite 3, Fußnote[1]) erwähnten Tagung und soll in einem der nächsten Hefte noch einmal ausführlich behandelt werden.

– Der Krieg, d. h. die Eroberung fremden Bodens, richtet sich im Zweifel gegen den bisherigen Besitzer – Privilegierte oder schlichte Nutzer – im eigenen oder einem benachbarten Land. Möglicherweise waren schon die Gärungen der Völkerwanderungszeit durch solche Situationen mitbedingt, indem die sich vermehrende Bevölkerung eines Stammes in eine Mangel- und Notsituation geriet, für die sich die Eroberung des Nachbarlandes als Ventil anbot. Es gab in der Geschichte aber auch immer wieder innerhalb eines Landes Aufstände verarmter Massen, deren Ziel auf einen gleichmäßigeren Zugang zum Boden gerichtet war.
– Auch die Nicht-Privilegierten werden bei ihrer Suche nach Boden, wenn der Ausweg zu Lasten anderer, bereits Privilegierter versperrt ist, zur Nutzung bisher herrenloser Natur angetrieben. Oder es wird in erster Linie herrenlose Natur in Besitz genommen und nur, wo dies nicht möglich ist, der Ausweg zu Lasten anderer beschritten. Jedenfalls hat die Ausdehnung in die Natur hinein ökologisch oft nachteilige Folgen wie z.B. die Rodung des Regenwaldes in Brasilien durch Landlose. Nicht weniger bedeutsam und gefährlich als der unkontrollierte Zugriff auf bisher nicht genutzte Natur ist der demokratische Widerstand, der zu erwarten ist, wenn es um die Festlegung ökologischer Begrenzungen der Nutzung der Natur geht. Denn solche Begrenzungen erschweren den Ressourcenzugang rechtlich oder ökonomisch, und das trifft diejenigen besonders, die im bisher genutzten Bereich nicht zu den Privilegierten gehören oder sich ökonomisch die Verteuerung der Ressourcennutzung nicht leisten können. Sie werden den Begrenzungen daher, auch wenn diese ökologisch noch so notwendig sind, die demokratische Zustimmung versagen.

Von der Not der vom Privilegienbesitz Ausgeschlossenen geht demnach ein Druck aus, die bestehende Verteilung zu Lasten der Besitzenden bzw. Privilegierten zu verändern (Krieg) oder jenseits der bisher faktisch eingehaltenen oder von der Rechtsordnung zur Natur hin gezogenen Grenzen zulässiger Nutzung ihr Heil zu suchen und jedenfalls solche Grenzziehungen im Wege demokratischer Willensbildung zu verhindern (Umweltzerstörung).

c) Zusammenfassende Beurteilung

Fasst man die Wirkungen zusammen, die vom Privileg des Naturbesitzes als Sog und von den vom Privilegienbesitz Ausgeschlossenen als Druck ausgehen, so stellt man fest, dass beide in die gleiche Richtung gehen: nämlich einmal zu einer Verschiebung der Grenzen zwischen den Menschen und Völkern (Krieg) und zum anderen zu einer Ausweitung – bzw. Verhinderung der Errichtung – der notwendigen Grenzen zur Natur hin (Umweltzerstörung). Dass übrigens der Sog, der von den Privilegien und deren Erweite-

rungsräumen ausgeht, seine Anziehungskraft weitgehend auf Bevölkerungsteile ausüben wird, die nicht dem geschilderten Druck der Not unterliegen, bedeutet nur, dass sich beide in ihrer politischen Stoßkraft addieren und vergrößert ihre kombinierte Gefahr für Frieden und Umwelt!

Dabei kann man davon ausgehen, dass ein auf die Spaltung in Privilegierte und Ausgeschlossene aufgesetzter »Friede« zwischen den Menschen und Völkern, der eine Ausdehnung zulasten anderer verhindert, den Druck auf die zur Natur hin gezogenen Grenzen erhöht, während eine erzwungene Begrenzung zur Natur hin den »Frieden« zwischen den Menschen einer zusätzlichen Gefährdung aussetzt! Man denke als Beispiel nur an die Entwicklung unserer Städte: da die Grenzen zwischen den Bewohnern, der »innere Friede«, nicht ernsthaft zur Debatte steht, richten sich Druck und Sog mit vereinten Kräften auf die Ausweitung der Siedlungsgrenzen – der Druck vor allem derer, die bei der bestehenden Verteilung zu kurz gekommen sind und auf die Erweiterung der Grenzen als Ausweichventil drängen, der Sog mehr von denjenigen, die von der Erweiterung der Grenzen eine Erhöhung ihrer Grundstückswerte (Ackerland zu Bauland usw.) erwarten. Würde dagegen durch eine rigide Stadtplanung und Umweltpolitik die Ausweitung der Siedlungsgebiete gestoppt, so würden sich wegen der o.g. Spaltung im Innern des »Druckkessels Stadt« in wenigen Jahren solche Spannungen aufbauen, dass der innere Friede ernsthaft gefährdet wäre.

Für unsere Überlegungen zum strukturellen Zusammenhang der Forderungen nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung bedeutet dies, dass auf der Grundlage einer ungerechten Verteilung nur ein erzwungener Friede zwischen den Menschen oder eine erzwungene Bewahrung der Schöpfung zu erreichen sein wird! Ohne eine Lösung des Gerechtigkeitsproblems sind diese beiden Ziele nicht zugleich (und im Grunde auch einzeln nicht wirklich) zu erreichen!

6. Auswirkungen einer Entprivilegierung/Entkapitalisierung des Bodens

Die vorstehenden Überlegungen lassen vermuten, dass eine Aufhebung oder Überwindung des Privilegiencharakters und damit der Kapitalisierung des Boden- und sonstigen Naturbesitzes sowie der durch beide bedingten Notlagen einen entscheidenden Beitrag zum Frieden zwischen den Menschen und Völkern sowie zur Bewahrung der Schöpfung leisten könnten.

Was bedeutet: Aufhebung bzw. Überwindung des Privilegiencharakters und der Kapitalisierung des Bodens? Die letzte Zeile der Tabelle II zeigt die notwendige Bedingung für diesen Schritt: der Besitz muss in Höhe der erzielbaren Bodenrente belastet werden! Dann ist mit ihm kein arbeitsloses

Einkommen mehr verbunden und sein Kapitalwert sinkt auf Null. Ob es sich dabei dann um Eigentum handelt, das mit einer Abgabe in Höhe der erzielbaren Bodenrente belastet wird, oder um ein Erbbau- oder Pachtrecht, für das ein Erbbau- bzw. Pachtzins in gleicher Höhe gezahlt werden muss – der Inhaber des Nutzungsrechts, hier Besitzer genannt, ist nach dieser Belastung nicht mehr privilegiert. Und damit entfällt die universelle und zerstörerische Sogkraft, die vom unbelasteten Besitz ausgeht. Das bloße Haben bringt jetzt Verluste. Als Gegenstand von Beutegier und Habsucht und auch von Neid und Missgunst ist der Besitz nun völlig ungeeignet. Eine Gefahrenquelle für den Frieden zwischen den Menschen und Völkern ist er nicht mehr.

Durch die Belastung entprivilegiert und entkapitalisiert, übt er keinerlei Sog- und Anziehungskraft mehr aus. Von Interesse ist er nur noch für den Nutzer, und zwar – bei produktiver Nutzung – für den, der den Boden im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Begrenzungen am besten nutzen kann, den »besten Wirt«, und – bei konsumptiver Nutzung, also z. B. beim Wohnen – für den, dem gerade diese Nutzung an dieser Stelle am meisten wert ist. Beide haben im Prinzip kein Interesse mehr, sich gegen Begrenzungen der zulässigen Nutzung des Bodens zu sperren, die staatlichen Organe zu beeinflussen und dgl., weil alle Begrenzungen der Nutzung ihres Besitzes oder deren Ausweitung durch entsprechende Veränderungen der von ihnen zu zahlenden Bodenrentenlast ausgeglichen werden. Stadtplanung und ökologische Politik brauchen die Machenschaften der Bodenbesitzer nicht mehr zu fürchten.

Aber mit der Belastung des Besitzes wird nicht nur sein Privilegiencharakter aufgehoben, sondern zugleich auch der andere Gefahrenherd für Frieden und Umwelt, die Notlage besitzloser Nutzungswilliger, entschärft. Denn die Verhältnisse zwischen Besitz und Nutzung drehen sich als Folge der Belastung regelrecht um: nicht mehr muss der Nutzer zum Besitze streben, sondern der Besitz folgt der Nutzung (der Boden »wandert zum besten Wirt«)!, weil nur noch für den (besten) Nutzer der Besitz keine Last mehr darstellt.

7. Die Entprivilegierung/Entkapitalisierung des Bodens allein genügt nicht!

Allerdings ist hier eine wesentliche Ergänzung notwendig: so wichtig es nämlich gesamtgesellschaftlich für den effizienten Umgang mit einer knappen natürlichen Ressource wie dem Boden auch ist, dass die Auswahl unter den Nutzungsinteressenten über die Entgelthöhe erfolgt, so muss man sich doch klar machen, dass damit im wesentlichen die ökonomische Leistungsfähigkeit zum Maßstab für die Besitzverteilung an der Erde wird. Damit

drohen an die Stelle der Privilegierten und der durch diese vom Ressourcenzugang Ausgeschlossenen die Leistungsfähigen und die wegen ihrer geringeren Leistungsfähigkeit vom Ressourcenzugang Ausgeschlossenen zu treten. Jedenfalls ist so eine Notlage der weniger Leistungsfähigen absehbar, die strukturell einen ähnlichen Gefahrenherd für Frieden und Umwelt darstellt wie zuvor der Ausschluss der Nutzungswilligen durch den Privilegienbesitz.

Die Lösung dieses Problems kann nicht darin bestehen, dass an der Entgeltbelastung zugunsten wirtschaftlicher Schwacher manipuliert wird und der Boden dann doch einen Rest seines Privilegiencharakters und seines Kapitalwerts behält. Sie muss vielmehr in der Richtung gesucht werden, auch die ökonomisch weniger Leistungsfähigen finanziell so auszustatten, dass sie im Wettbewerb um die knappen Besitz-, d. h. um die Nutzungsrechte mithalten können. Das geschieht am besten durch eine gleichmäßige Rückverteilung aller Boden- und sonstigen Ressourcenrenteneinnahmen an alle Menschen. Dadurch wird jeder Mensch ökonomisch so ausgestattet, dass er sich – bei jeder Entgelthöhe – eine durchschnittliche Bodennutzung immer leisten kann, weil sie ihn nur soviel kostet, wie er über die Rückverteilung erhält.

Durch diese Rückverteilung wird jeder Mensch zum ökonomisch gleichen Teilhaber an jedem Quadratmeter der Erdoberfläche. Für keinen Bodenbesitzer – sei es ein Einzelner oder ein Volk – gibt es eine bessere Friedensgarantie. Denn die Belastung macht den Besitz, wie wir schon sahen, als Beutegegenstand uninteressant und daher sicher[9]. Beabsichtigt der Er-

[9]) Goethe hat diesen Zusammenhang zwischen Belastung und Sicherheit des Besitzes ganz offensichtlich gesehen, wie das nachfolgende Zitat aus Wilhelm Meisters Lehrjahre (8. Buch, 2. Kapital) zeigt:

»Ich kann mich nicht sowohl über einen Besitz freuen, sagte er (Lothario, d.Red.), als über die Rechtmäßigkeit desselben.

Nun, beim Himmel! rief Werner, wird denn dieser unser Besitz nicht rechtmäßig genug?

Nicht ganz! versetzte Lothario.

Geben wir denn nicht unser bares Geld dafür?

Recht gut! sagte Lothario; auch werden Sie dasjenige, was ich zu erinnern habe, vielleicht für einen leeren Skrupel halten. Mir kommt kein Besitz ganz rechtmäßig, ganz rein vor, als der dem Staate seinen schuldigen Teil abträgt.

Wie? sagte Werner, so wollten Sie also lieber, dass unsere frei gekauften Güter steuerbar wären?

Ja, versetzte Lothario, bis auf einen gewissen Grad: denn durch diese Gleichheit mit allen übrigen Besitzungen entsteht ganz allein die Sicherheit des Besitzes. Was hat der Bauer in den neueren Zeiten, wo so viele Begriffe schwankend werden, für einen Hauptanlass, den Besitz des Edelmanns für weniger gegründet anzusehen, als den seinigen? nur den, dass jener nicht belastet ist, und auf ihn lastet.

Wie wird es aber mit den Zinsen unseres Kapitals aussehen? versetzte Werner.

Fortsetzung Fußnote siehe Seite 51

oberer aber, die Belastung gerade nicht an die Weltgemeinschaft abzuführen, so richtet sich seine Attacke nicht nur gegen das eroberte Land, sondern zugleich gegen die ganze Menschheit. Einen stärkeren Verbündeten, einen besseren Schutz vor Eroberung kann der Einzelne und das einzelne Land aber nicht finden. Durch die Ablieferung der Bodenrente an die Weltgemeinschaft »erkaufen« sie sich sicherheitspolitisch den Beistand der gesamten Menschheit. Ist die Erwartung übertrieben, dass Kriege unter solchen Voraussetzungen wohl endgültig der Vergangenheit angehören werden?

Für die ökologischen Belange bedeutet die Rückverteilung der Ressourcenrenten, dass die notwendige Erhöhung der Entgelte für Ressourcennutzung nicht mehr zu einer Spaltung der Gesellschaft führen kann in solche, die da noch mithalten können, und solche, denen dies immer weniger möglich ist und die daher den ökologisch notwendigen, zur Verteuerung führenden Begrenzungen heute die demokratische Zustimmung verweigern. Da vielmehr infolge der im Ergebnis immer kostenlosen Durchschnittsnutzung niemand aus dieser Gesellschaft herausfallen oder auch nur an ihren Rand gedrängt werden kann, werden die ökologisch notwendigen Begrenzungen und Verteuerungen der Ressourcennutzung in der Regel auch im politischen Raum die erforderlichen demokratischen Mehrheiten finden. Die Gemeinschaft wird – auf einzelstaatlicher wie auf internationaler Ebene – ökologisch endlich, endlich handlungsfähig!

Schließlich ist mit der Rückverteilung schlicht auch jede Not, die auf unzureichender Teilhabe am Boden und den übrigen natürlichen Ressourcen beruht, definitiv ausgeschlossen und die darauf beruhende Gefahr für Frieden und Umwelt gebannt – eine Auswirkung, die sicher nicht nur für die Länder der Dritten Welt, aber doch ganz besonders für diese von größter Bedeutung sein würde.

8. Schlussbetrachtung zum Verhältnis von Besitz und Nutzung

Besitz und Nutzung – diese beiden Grundelemente der gesellschaftlichen Entwicklung – müssen ins rechte Verhältnis zueinander gebracht werden,

[9]) Fortsetzung Fußnote von Seite 50

Um nichts schlimmer! sagte Lothario, wenn uns der Staat gegen eine billige regelmäßige Abgabe das Lehns-Hokuspokus erlassen, und uns mit unsern Gütern nach Belieben zu schalten erlauben wollte, dass wir sie nicht in so großen Massen zusammenhalten müssten, dass wir sie unter unsere Kinder gleicher verteilen könnten, um alle in eine lebhafte freie Tätigkeit zu versetzen, statt ihnen nur die beschränkten und beschränkenden Vorrechte zu hinterlassen, welche zu genießen wir immer die Geister unserer Vorfahren hervorrufen müssen.«

um segensreich zu wirken. Den zum Privileg überhöhten Besitz und die zur Notlage geschwächte Nutzung hatten wir als die Herde ausgemacht, von denen elementare Gefährdungen für die Begrenzungen ausgehen, die im Interesse des Friedens zwischen den Menschen und Völkern und im Interesse einer intakten Umwelt zur Natur hin bestehen bzw. gezogen werden müssen.

Es zeigt sich, dass dem Besitz etwas genommen und der Nutzung etwas gegeben werden muss, wenn dieses rechte Verhältnis beider zueinander erreicht werden soll. Dem Besitz – am Beispiel des Bodens wurde es demonstriert – muss die Bodenrente entzogen werden: dann verliert er seinen Privilegiencharakter (und den auf diesem aufbauenden Kapitalwert) und wird, egal ob als Eigentum, Erbbaurecht oder Pachtrecht, ein schlichtes Nutzungsrecht, das sich zudem der Nutzung willig andient. Und gerade das, was dem Besitz entzogen werden muss – die Bodenrente – ist es, was der Nutzung gegeben werden muss! Nur durch die Gleichverteilung der vollen Bodenrente an alle Menschen wird deren Menschenrecht auf gleiche Teilhabe realisiert und ihnen als Nutzer zugleich die ökonomische Ausstattung gegeben, mit der auch die Schwachen immer mithalten und den für ihre Nutzungsbedürfnisse notwendigen Besitz erlangen können.

Man kann die Dinge auch so sehen: die Belastung des Besitzes, d.h. seine Entprivilegierung/Entkapitalisierung, bringt die Angebotsseite in die richtige Verfassung, indem sie den Besitz sowohl dem Erbstrom als auch dem Zugriff des Kapitals entzieht und statt dessen über laufende Entgelte nur noch der Arbeit und sonstigen ökonomischen Leistung zugänglich macht. Dies muss ergänzt werden durch eine Sanierung der Nachfrageseite, die jeden Einzelnen als Mensch ökonomisch so leistungsfähig macht, dass ihm der Zugang zum Boden und den übrigen natürlichen Ressourcen auch unabhängig von seinen Fähigkeiten und seiner Arbeitsleistung jederzeit offen steht. Erreicht werden kann dies, indem man das an alle Menschen zurückverteilt, was zuvor dem Boden zu dessen Entprivilegierung/Entkapitalisierung entzogen werden musste.

Es sind also 2 Schritte notwendig, um Besitz und Nutzung in die richtige Verfassung und damit zugleich ins rechte Verhältnis zueinander zu bringen:
– die Entprivilegierung/Entkapitalisierung des Bodens als Sanierung der Angebotsseite und
– die gleichmäßige Rückverteilung der Bodenrente an alle als Sanierung der Nachfrageseite.

Und die eine Maßnahme bringt die Mittel auf zur Durchführung der anderen!

Es ist mit Besitz und Nutzung in der Gesellschaft wie mit den »freien Radikalen« in der Chemie: voneinander getrennt oder durch die Umstände am rechten Verhältnis zueinander gehindert, haben sie nur eine kurze Lebens-

dauer bei allerdings hoher Aggressivität und zerstörerischer Außenwirkung. Finden sie aber das rechte Verhältnis zueinander, so wird ihre destruktive Wirksamkeit verwandelt in die Kraft, mit der sie sich wechselseitig ihre Existenz dauerhaft und friedlich erhalten. Für den Boden in der Gesellschaft heißt das: wird die Spaltung in Privileg hier und Mangel dort überwunden und werden dadurch Besitz und Nutzung ins rechte Verhältnis zueinander gebracht, so werden nicht nur die Ziele »Frieden« und »Bewahrung der Schöpfung« erreichbar, sondern auch miteinander vereinbar! Allerdings nur dann!!!

Die Autoren dieses Heftes:

Fritz Andres
Dhauner Str. 180,55606 Kirn

Prof. Dr. Thomas Huth
c/o Uni Lüneburg, Fachbereich Wirtschaft,
Volgershall 1,21339 Lüneburg

Prof. Dr. Dirk Löhr
c/o Institut für angewandtes Stoffstrommanagement,
FH Trier-Birkenfeld,55761 Birkenfeld

Diplomökonom Werner Onken
Steenkamp 7, 26316 Varel

Auf den Spuren Silvio Gesells in Argentinien – Ein Reisebericht[*)]

Werner Onken

Fünf Jahre nach dem Abschluss der Herausgabe aller Werke Silvio Gesells erfüllte sich im März 2005 mein lange gehegter Wunsch einer Reise in das Ursprungsland der Geldreform. Zuerst besuchte ich den 400 km südlich von Buenos Aires liegenden Badeort Villa Gesell, den Gesells jüngerer Sohn Carlos Idaho gegründet hat, nachdem es ihm in jahrelanger unermüdlicher Arbeit gelungen war, die Wanderdünen an der Atlantikküste durch Anpflanzungen zu befestigen. Dort leben sowohl Nachkommen von »Don Carlos« als auch Sonja Tomys und Dolores Tomys, Gesells Töchter aus seiner späteren Verbindung mit Wanda Tomys. Sein Sohn Witomir (»Tito«) Tomys ist 2001 verstorben. Dessen Frau Dietlinde hatte mich eingeladen; während meines zehntägigen Besuchs war sie eine vorzügliche Gastgeberin. Anschließend war ich bei Silvia und Dr. Roberto Meszaros in der Nähe von Buenos Aires zu Gast. Als Tochter und Schwiegersohn von Gesells ältestem Sohn Ernesto Fridolin, der seinerzeit Gesells in Buenos Aires gegründetes Geschäft »Casa Gesell« übernommen hatte, haben sie das Geschäft von Mitte der 1960er bis zur Schließung Mitte der 1990er Jahre geleitet. Auch sie erwiesen sich als sehr gastfreundlich.

Villa Gesell

Die ersten Tage standen ganz im Zeichen von Gesprächen mit Sonja Tomys. Beim gemeinsamen Anschauen von Fotos und Dokumenten konnte sie mir noch sehr viele gute Informationen zur Familiengeschichte von Gesell und zur früheren Verbreitung der Geld- und Bodenreformgedanken in Argentinien geben. Sie werden in einer geplanten Broschüre über Silvio Gesells Verhältnis zu Argentinien ausgewertet.

Sehr erfreulich waren auch die Begegnungen mit Monica Garcia, die das Museum der Stadt Villa Gesell leitet, und ihren Mitarbeiterinnen Estefania Demarchi und Noelia Luquet. Kurz zuvor war ein großes Paket eingetroffen, in dem ich ältere und neuere Literatur (zum Teil in englischer und spanischer Sprache) sowie Farbkopien von Dokumenten zur Geschichte der

[*)] Kurzfassung eines Vortrags, gehalten auf der auf Seite 3, Fußnote [1]) genannten Tagung

Geld- und Bodenreform als Geschenk an das Museum vorausgeschickt hatte. Die Gesammelten Werke Silvio Gesells waren dort bereits seit längerem vorhanden. Das Betrachten dieser Materialien und vor allem der im Museum befindlichen Fotos und Dokumente aus dem Nachlass von »Don Carlos« bot weitere Anlässe zum wechselseitigen Informationsaustausch.

Während der Saison kommen etwa 7000 – 7500 Touristen in das Museum von Villa Gesell. Im vorderen Raum sind Fotos und Dokumente ausgestellt, die über Silvio Gesell und die Geld- und Bodenreform informieren. In den anderen Räumen sind Exponate über die »Casa Gesell« in Buenos Aires und vor allem über die Entstehung und Entwicklung von Villa Gesell zu sehen.

Um den 11. März, dem Geburtstag von »Don Carlos«, finden in jedem Jahr »Gesell-Tage« mit botanischen Führungen durch den Wald von Villa Gesell sowie mit Veranstaltungen im »Haus der Kultur« statt. Unter anderem wurde gerade eine Ausstellung über den chilenischen Dichter Pablo Neruda gezeigt. In der gegenüberliegenden Volkshochschule war eine sehr beeindruckende künstlerische Darstellung des Protestes von Frauen auf dem Plaza de Mayo von Buenos Aires zu sehen. Sie protestierten gegen die Militärjunta, die zwischen 1976 und 1983 Tausende von Regimegegnern spurlos verschwinden ließ. Mehr als 20 Jahre nach der Militärdiktatur hat auch die argentinische Gesellschaft ähnliche Probleme wie Deutschland nach den NS- und SED-Diktaturen. Und aufgrund der tiefen Spaltung in wenige Reiche und viele Arme ist das Land offensichtlich noch stärker in rechte und linke politische Lager gespalten als ich es erwartet hatte.

Während der »Gesell-Tage« wurden im Museum auch zwei Videofilme über die Entstehung und Entwicklung von Villa Gesell gezeigt. Darin erzählten Zeitzeugen ihre Erinnerungen an die Gründungsjahre. Der zweite der beiden Filme war professionell gemacht und wurde auch schon im argentinischen Fernsehen ausgestrahlt. Außerdem haben die Stadtverwaltung und das Museum in den letzten Jahren mit der Herausgabe einer eigenen Schriftenreihe begonnen. Sie enthält u.a. kurze Biografien von Carlos und Silvio Gesell, einen Briefwechsel zwischen »Don Carlos« und seiner Mutter Anna Böttger und eine spanische Übersetzung von Silvio Gesells Broschüre über die utopische »Insel Barataria«.

Meinen Vortrag über das Leben und Werk Silvio Gesells übersetzte Sonja Tomys für die etwa 50 – 60 Zuhörer/innen ins Spanische. In der Diskussion zeigte sich, dass einigen von ihnen die Reformziele Gesells bereits bekannt waren. Sie fragten, ob sie denn mit ‚zinsfreiem Geld' auch sparen könnten. Andere bedauerten den Niedergang der argentinischen Tauschringbewegung »El Trueque« infolge der Fälschungen der »Creditos« und wollten gern mehr über die Regionalgeldinitiativen in Deutschland erfahren. Einige

Tage später folgte ein Vortrag »Dinero libre y tierra libre – el pensamiento economico y social de Silvio Gesell« (»Freigeld und Freiland – Die wirtschaftlichen und sozialen Gedanken von Silvio Gesell«) von einem jungen Ökonomen Rodrigo López, der gerade sein Studium an der Universität von Buenos Aires mit einer Arbeit über Silvio Gesell abgeschlossen hatte. Er erzählte, dass er seinen Vortrag in der folgenden Woche in Buenos Aires wiederholen würde, und zwar im angesehenen »Centro Cultural de la Cooperacion«, wo auch globalisierungskritische Intellektuelle wie der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Peres Esquivel ein- und ausgehen.

Am letzten Tag in Villa Gesell ergab sich noch die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Bürgermeister Luis Baldo, der mir eine Urkunde als Ehrengast seiner Stadt überreichte und mich anschließend einlud, gemeinsam mit ihm auf dem Gelände des Museums einen Lebensbaum zu pflanzen. Und Claudia Palavecino, Leiterin der Tourismusabteilung in der Stadtverwaltung, stellte die Möglichkeit in Aussicht, auf der Internetseite von Villa Gesell auch einen Bereich mit Informationen über das sozialreformerische Lebenswerk von Silvio Gesell einzurichten. Abends machten mich Monica Garcia und Estefania Demarchi dann noch mit Fernando Spiner bekannt, der zusammen mit seinem Freund Anibal Zaldivar, dem Herausgeber der Lokalzeitung »El Fundador«, für das argentinische Fernsehen einen der beiden Dokumentarfilme über die Geschichte von Villa Gesell gedreht hatte. Gemeinsam haben wir uns vorgenommen, einen Dokumentarfilm über das Leben und Werk Silvio Gesells herzustellen. Als erstes sollen spanisch- und deutschsprachige Filmaufnahmen mit Sonja Tomys als Zeitzeugin entstehen.

Nach zehn von sehr intensiven Begegnungen und Erlebnissen erfüllten Tagen fiel mir der Abschied von Villa Gesell schwer. Ich hoffe sehr, wieder dorthin reisen zu können, und möchte auch andere Menschen ermutigen, sich im Internet näher über diesen besonderen Ort zu informieren (www.gesell.gov.ar) und selbst eine Reise dorthin zu unternehmen.

Buenos Aires

Ein bequemer Überlandbus brachte mich durch die Pampa nach Buenos Aires. Auf den schier endlosen, ebenen Weiden waren fast nur Rinderherden, Pampagras und gelegentliche Sonnenblumenfelder zu sehen. Das Weideland befindet sich in den Händen von wenigen Großgrundbesitzern (estancieros) und ist nahezu menschenleer. Von Dörfern und einer bäuerlichen Landwirtschaft war weit und breit nichts zu sehen. Etwa ein Drittel der Bevölkerung Argentiniens ist in der 13-Millionen-Metropole von Buenos

Aires konzentriert. Die anderen zwei Drittel verteilen sich zumeist auf andere mehr oder weniger große Städte.

Silvia und Dr. Roberto Meszaros leben 45 km nordwestlich von Buenos Aires. In ihrem Haus befindet sich ein Bücherschrank, der sich als eine Fundgrube erwies, denn er enthält Materialien aus dem Nachlass Silvio Gesells, die sein Sohn Ernesto in den 1930er Jahren aus Deutschland nach Argentinien holen ließ. Etliche Fotos und Dokumente hätten eigentlich in die »Gesammelten Werke« gehört.

In Buenos Aires ergab sich die Gelegenheit zu zwei Vorträgen, die der junge Rechtsanwalt Dr. Carlos Louge organisiert hatte. Vor zwei Jahren hatte er schon einmal an einem Geldreform-Symposium in Deutschland teilgenommen. Seitdem versucht er in seinem von Krisen geschüttelten Land, Ökonomen und Politiker für den Denkansatz von Gesell zu interessieren. Nach dem Scheitern von staatsinterventionistischer Nachfragepolitik und monetaristischer Angebotspolitik gibt es auch dort offenbar Anzeichen für eine erneute Suche nach möglichen Auswegen aus der Krise. Hinzu kommt, dass der erst vor wenigen Jahren verstorbene Prof. Dr. Oreste Popescu von der Universität Buenos Aires und der Katholischen Universität La Plata die ökonomische Ideengeschichte in Argentinien populär gemacht und in einigen Veröffentlichungen auch an Gesell erinnert hat.

Der erste Vortrags- und Gesprächsabend fand ganz am südlichen Stadtrand von Buenos Aires in einem Institut der »Fundacion Buenos Aires XXI« mit etwa 50 Teilnehmer/innen statt. Zum Schluss bekam ich ein 2003 erschienenes Buch »De esto no se habla – La otra economia« (»Worüber man nicht spricht – die andere Ökonomie«) überreicht, das zu meiner Überraschung mehrere theoretische Beiträge über die Geldreform Gesells enthielt.

Zum zweiten Vortrags- und Gesprächsabend kamen über 100 Personen. Er fand im »Instituto Nacional de Investigaciones Historicas Juan Manuel de Rosas y Mariano Fragueiro« im Zentrum von Buenos Aires statt. Mir wurde vom Einfluss des französischen Frühsozialisten Saint-Simon auf Fragueiro erzählt, der als Ökonom und Politiker um die Mitte des 19. Jahrhunderts gelebt habe. Mich freute zu hören, dass es möglicherweise Vorläufer und Geistesverwandte Gesells in Argentinien gegeben haben könnte. Was mir aber erst allmählich deutlich wurde war die Tatsache, dass de Rosas zur selben Zeit als Diktator eine autoritäre und blutige Herrschaft ausübte. (Übrigens ist de Rosas ebenso wie General Roca, der im sog. »Wüstenfeldzug« der 1870er Jahre die Indianer aus der Pampa vertrieb und größtenteils vernichtete, noch heute auf argentinischen Geldscheinen abgebildet.)

Bei dieser zweiten Veranstaltung konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das gastgebende Institut national-patriotisch orientiert war.

Angesichts der Jahrhunderte langen Unterwerfung Argentiniens unter die früheren Kolonialmächte und danach unter das Hegemonialstreben der USA im Verbund mit IWF und Weltbank erschienen mir nationalistisch-patriotische Gegenbewegungen auch durchaus verständlich, denn trotz seiner schon im frühen 19. Jahrhundert erreichten staatlichen Unabhängigkeit ist Argentinien bislang nicht wirklich zu sich selbst gekommen. Während des 19. Jahrhunderts kämpften die kapitalistische Metropole Buenos Aires und die Machtcliquen des in Feudalstrukturen gefangenen Binnenlandes in einem Jahrzehnte langen Bürgerkrieg um die Vorherrschaft. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgte eine kurze Phase des wirtschaftlichen Wohlstands, in dem Argentinien etwa auf dem Stand von Kanada oder Neuseeland zu den reicheren Ländern der Erde gehörte. Doch spätestens seit der großen Weltwirtschaftskrise wurde das Land von Krisen mit horrenden Staatsschulden, Hyperinflationen und Arbeitslosigkeit geschüttelt, was eine fortwährende Gratwanderung zwischen Demokratien und Diktaturen zur Folge hatte.

Für deren Verständnis sind antiamerikanische Ressentiments und Verschwörungstheorien nach meiner Ansicht allerdings genau so ungeeignet wie die geballten Fäuste früherer Guerillas oder heutiger Piqueteros. Die Suche nach einer freiheitlichen und gerechten Wirtschaftsordnung für *alle* Menschen erfordert vielmehr ein Denken ohne Feindbilder, das sich ganz auf die Veränderung ungerechter Strukturen konzentriert. Deshalb habe ich im Vortrag und in der Diskussion Gesells liberale, weltbürgerlich offene und pazifistische Grundhaltung besonders hervorgehoben. Als ich meine Irritation nach der Veranstaltung im kleinen Kreis aussprach, löste dies allerdings Verwunderung aus.

Am folgenden Tag ergab sich ein Gespräch mit Prof. Dr. Eduardo Conesa von der Universität Buenos Aires. Er bot sich an, mir bei der Suche nach Anschriften von Bibliotheken und Fachzeitschriften behilflich zu sein. Bei einem spontanen Besuch in der Redaktion der deutschsprachigen Zeitung »Argentinisches Tageblatt« nahm sich Juan Alemann die Zeit für ein längeres Gespräch und erklärte sich bereit, einen kleinen Artikel über Gesell mit Hinweisen auf unsere Internetseiten zu veröffentlichen. (Inzwischen ist er in der Ausgabe vom 29. April 2005 erschienen.) Dasselbe wird in der in allen Universitäten Lateinamerikas verbreiteten Zeitschrift »Dialogo Cientifico« möglich sein.

Aus alten Korrespondenzen Silvio Gesells war mir bekannt, wo er wann in Buenos Aires gelebt hatte. Seine erste Wohnung befand sich in der Paraguay 3033. Die vierstellige Hausnummer ließ vermuten, dass die Straßen in Buenos Aires lang sind und die Suche nach diesem ‚Geburtsort' der Geldreform Zeit erfordern würde. Leider existiert das Haus nicht mehr; an seiner

Stelle fanden wir nur eine mit Wellblech verkleidete größere Parkgarage vor. Nur zwei andere Häuser in der Nachbarschaft schienen noch aus der Zeit vor 1900 zu stammen und vermittelten eine Vorstellung, wie das Haus, in dem sich Gesells Wohnung befand, ausgesehen haben könnte. Übrigens befinden sich die ökonomische Fakultät und auch die Kliniken der Universität von Buenos Aires ganz in der Nähe. Die Lavalle 1048 und die Lima 133, in denen Gesell zeitweise wohnte, liegen im Stadtzentrum und sind der Verbreiterung von Straßen gewichen. Auffindbar war dann noch ebenfalls im Stadtzentrum das Haus in der Moreno 1023, wo sich Gesells Geschäft von etwa 1895 bis 1911 befand. Aber natürlich war es inzwischen mehrfach umgebaut worden und sieht heute völlig anders aus als auf den alten Fotos. In der näheren Umgebung befindet sich übrigens ein großes Denkmal für den spanischen Dichter Cervantes, dessen Ritterroman »Don Quixote« zu Gesells Lieblingsbüchern gehörte.

Am letzten Tag meines Aufenthaltes bei der Familie Meszaros fuhren wir schließlich noch nach Punta Chica an der La-Plata-Mündung nördlich von Buenos Aires, wo sich Gesell schon 1895 ein kleines Wochenendhaus erworben hatte. Dorthin zog er sich in seiner freien Zeit zurück, um seine Bücher und Aufsätze zu schreiben. Während seines zweiten längeren Aufenthaltes in Argentinien von 1906 bis 1911 wandelte er hier ein sumpfiges Ufergelände in einen blühenden Garten mit einer Lagune und einer »Insel Barataria« um. Auf alten Fotos erinnerte mich eine Brücke sofort an die berühmte »Japanische Brücke« im Garten des französischen Malers Claude Monet. Hier entstanden vermutlich Gesells 1909 zuerst in spanischer Sprache veröffentlichten Gedanken über eine internationale Währungsordnung, aus denen nach dem ersten Weltkrieg die »Internationale Valuta-Assoziation« hervorging. In den 1920er Jahren errichtete Gesells Sohn Ernesto auf einem Teil des Geländes in Punta Chica eine Fabrik, in der Kinderwagen und Kindermöbel für die »Casa Gesell« in der Innenstadt hergestellt wurden. Während der späteren Peron-Zeit wurde das Gelände zum großen Teil enteignet. Im ehemaligen Fabrikgebäude befindet sich heute eine Ordensschule »Holy Cross« und auf dem Gelände entstand in der Zwischenzeit ein Vergnügungspark, der gerade geschlossen hatte; und der Sicherheitsdienst gestattete uns leider nicht, das Gelände zu betreten.

Am letzten Abend hörten wir nochmals eine Tango-CD. Für den Besuch einer Veranstaltung mit Tangomusik und Tangotänzen reichte die Zeit leider nicht. Meine insgesamt 17 Reisetage waren so sehr mit Arbeit ausgefüllt, dass Kulturelles und Touristisches zu kurz kamen. Sowohl in Villa Gesell als auch in Buenos Aires und im übrigen Land gäbe es sicher noch manches Interessante zu sehen, was den Wunsch nach einer weiteren und längeren

Reise weckte. Eine Einladung gaben mir meine Gastgeber auch gleich mit auf den Rückweg.

Unterwegs beschäftigte mich die Frage, ob eine Reform der Geld- und Bodenordnung nach den Vorstellungen Silvio Gesells vielleicht zu einer eigenständigen Entwicklung Argentiniens inmitten einer offenen Weltgesellschaft beitragen könnte. Versuche, das dortige Interesse an diesem Denkansatz in Zukunft zu verstärken, sollten jedoch von dem Bemühen begleitet sein, die Geschichte und Gegenwart Argentiniens näher kennen zu lernen und die Geld- und Bodenreform genauer darauf zu beziehen. Deshalb erscheint es mir sinnvoll, zum Beispiel Mitarbeiter/innen von Lateinamerikainstituten zu Tagungen wie den »Mündener Gesprächen« einzuladen und sich im Dialog mit ihnen besser mit der wirtschaftlichen und politischen Lage Argentiniens und der übrigen lateinamerikanischen Länder vertraut zu machen. Erst dann kann sich zeigen, was sich dazu aus der Perspektive der Geld- und Bodenreform genauer sagen lässt.

Zunächst gilt es, die angeknüpften Kontakte auszubauen und für weitere spanische und portugiesische Übersetzungen auf unseren Internetseiten www.sozialoekonomie.info und www.geldreform.de zu sorgen.

Längerfristig ließe sich in Anknüpfung an die internationalen INWO-Tagungen in Wörgl, St.Vith, Konstanz, Bern und Wien vielleicht ein weiterer internationaler Kongress mit Gästen aus Argentinien und auch aus Japan anstreben. In Japan arbeitet nämlich seit 1995 eine sehr aktive »Gesell Research Society« (www.grsj.org). Und eines ihrer Mitglieder – so wurde mir über Miguel Hirota aus Fukuoda berichtet – spreche Spanisch und sei auch schon in Villa Gesell zu Besuch gewesen. Momentan bereitet er eine japanische Ausgabe von Gesells Hauptwerk vor.

Wer war eigentlich . . .

John Maynard Keynes?

Thomas Huth

Sein Buch über »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages« (von Versailles) machte ihn über Nacht weltberühmt, durch seine »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« wurde er sozusagen unsterblich. Obgleich viele meinen, dass seine Epoche endgültig zu Ende sei, beeinflussen die Lehren des englischen Nationalökonomen John M. Keynes bis heute die theoretische Diskussion und die Wirtschaftspolitik der Welt. Schlagworte wie »Fiscal Policy« oder »keynesianische Nachfragepolitik« sind jedem geläufig, der sich mit Wirtschaftsfragen befassen muss. Aber wer war der Mensch John M. Keynes?

Das zurückgezogene Leben eines Gelehrten im Elfenbeinturm der Wissenschaft war seine Sache nicht. Nur der berühmteste Volkswirt seiner Zeit zu sein, wurde dieser ungeheuer vielseitigen und in mancher Hinsicht bizarren Persönlichkeit nicht gerecht. Nebenbei betätigte er sich auch als Fakultätsverwalter, Redakteur, Kunstmäzen, Versicherungspräsident, fand Gefallen als Investmentmanager, Theaterbauer, Vorstandsmitglied der Nationalgalerie und war nicht zuletzt ein exzellenter Kenner alter politischer und philosophischer Literatur.

Keynes wurde am 5. Juli 1883 als ältestes von drei Kindern in Cambridge geboren, mitten im »Viktorianischen Zeitalter«, von dem Spötter meinen, es habe damals schon als anstößig gegolten, seinen Gästen unbedeckte Tischbeine zu präsentieren.

Sein Vater, John Neville Keynes, war ein typischer Vertreter der englischen intellektuellen Oberschicht seiner Zeit. Hochangesehener Universitätslehrer für Philosophie und Mathematik, schätzt man seine Werke »Formale Logik« und »Methodik der Volkswirtschaftslehre« noch heute als fast klassisch. Seine Mutter Florence Ada war eine der ersten Studentinnen der Universität Cambridge, deren Absolventen gesellschaftlich allenfalls noch die Kollegen aus Oxford zu fürchten hatten. Mrs. Keynes war kommunalpolitisch tätig und wurde die erste Stadträtin, dann sogar Bürgermeisterin der Universitätsstadt.

Die Erziehung des jungen Maynard folgte den damals üblichen Bahnen: Kinderfräulein, Kindergarten, Vorschule und dann das nationale Elitegymnasium in Eton, wo er Interesse und Begabung für die Mathematik erkennen ließ. Durch sein Elternhaus hatte er in dieser Zeit bereits unmittelbaren Kontakt mit der geistigen Führungsschicht seines Landes.

Nach dem Abschluss in Eton wechselte er über an das berühmte Kings-College in Cambridge. Hier setzte er seine Mathematik- und Philosophiestudien fort und geriet in den Bann des Philosophen G. E. Moore, dessen Anhänger in Cambridge die sogenannte Bloomsbury-Gruppe gründeten. Moores Philosophie war so etwas wie ein später Widerhall der kontinentalen Aufklärung, gepaart mit einer individualistisch überspitzten Revolte gegen die »Cant« genannte konventionelle Heuchelei der Viktorianischen Epoche. Alles, was rational nicht begründbar und offenbar »nur« durch Konvention und Tradition am Leben erhalten wurde, sollte auf dem Altar der neuen Ethik geopfert werden. Gefragt waren innere Haltung, Beispiel und Nonkonformismus. Man wollte Sand, nicht ÖI im Getriebe der Welt sein. Im Bloomsbury-Kreis versammelte sich die kommende Avantgarde des Königreiches: die Philosophen Russel und Whitehead, die Schriftsteller T. S. Eliot, D. H. Lawrence, Virginia Woolf, G. B. Shaw und andere mehr. Die elitäre Philosophie Moores und die Nähe zu Künstler- und Intellektuellenkreisen blieben nicht ohne Wirkung. Der junge Keynes galt als arrogant und konnte so rechten Zugang nur zu den wenigen begnadeten Menschen mit hochentwickelter Intelligenz und Sensibilität finden. Dies führte wohl dazu, dass auch sein Verhältnis zum anderen Geschlecht nicht ungetrübt war. Seine frühen Biographen umschrieben dies mit einer weitgehenden »Unzugänglichkeit gegenüber weiblichem Einfluss«. Doch als er später die Geldtheorie revolutioniert und die emigrierte russische Primaballerina Lydia Lopokowa (aus Diaghilews Ballet Russes) geheiratet hatte, befand er, dass nur zwei Dinge einen Mann verrückt machen können: die Liebe zu einer Frau und das Nachdenken über das Geld.

Das Mathematikstudium am Kings-College schloss er 1905 als zwölfter »Wrangler« (d. h. Kandidat des höchsten Mathematikexamens) ab. Für eine Spezialisierung auf diesem Gebiet reichte das allerdings nicht aus, und nun mussten die Weichen neu gestellt werden. Keynes entschied sich für das allgemeine Beamtenexamen des höheren Dienstes. Hierfür war Volkswirtschaftslehre vorgeschrieben, und er besuchte Vorlesungen bei dem damals alles überstrahlenden Stern am Ökonomenhimmel, der heute »Gestalt gewordenen Tradition« Alfred Marshall.

Nach einem Jahr schloss er das Examen ab und bekam paradoxerweise die schlechtesten Noten in Mathematik und Volkswirtschaftslehre. »Wahrscheinlich wusste ich mehr als die Prüfer«, kommentierte er trocken. Da das Schatzamt nur eine Stelle zu vergeben hatte, wurde Keynes im Indien-Ministerium eingesetzt. Seine Dienststunden ließen ihm offenbar noch etwas Zeit, denn seine 1908 eingereichte Dissertation »Über die Wahrscheinlichkeit« brachte ihm – nicht wie erhofft sofort, aber ein Jahr später – ein Fellowship, eine Art Honorarprofessur ein, ohne die für Ordinarien damals selbst-

verständliche Residenzpflicht auf dem Campus in Cambridge. Keynes kehrte ins Kings-College zurück und wurde Lektor bei Arthur Pigou, dem späteren Nachfolger Marshalls. 1911 übertrug man ihm die Herausgeberschaft des »Economic Journal«, damals wie heute eine der angesehensten Zeitschriften der theoretischen Ökonomie. Nun gehörte er endgültig zum Establishment, der Marsch des jungen Idealisten durch die Institutionen konnte beginnen. Er kehrte in den Staatsdienst zurück, jetzt endlich in das begehrte Finanzministerium, und – widmete sich der Politik.

Keynes Vorstellungen vom politischen Prozess waren Ausdruck seiner persönlichen Erfahrungen und Wertvorstellungen und im Prinzip denkbar einfach. Das Wohl und Wehe des Landes gehört in die Hand einer Meritokratie (darunter ist die gesellschaftliche Vorherrschaft einer durch Leistung und Verdienst ausgezeichneten Schicht zu verstehen). Zugang zu dieser hat nur, wer einerseits genügend Verstand besitzt, um zu erkennen, was notwendig ist, und andererseits die Moral, das als notwendig Erkannte auch durchsetzen zu wollen. Wenn die Elite dazu nicht in der Lage war, konnte Keynes recht ungehalten werden. Felsenfest davon überzeugt, dass »etwas klares Denken« jedes Problem lösen könne, führte er einen lebenslangen literarischen Feldzug gegen die Politiker, diese »Verrückten an der Macht«, die »Stimmen in der Luft hören« und ewig »nur den Tatsachen ins Gesicht zu sehen wünschen«. Selbst vor der geheiligten Institution der Bank von England machte seine Kritik nicht halt (»die Bank sieht die Realität nicht«). Die Bank reagierte jedoch sehr klug und berief ihn schließlich 1941 in ihren Bankrat.

Doch bis dahin schrieb er im Schatzministerium Berge von Aktenvermerken und Memoranden; seinen regelmäßigen Serien von bissigen Leserbriefen in der Times sah die politische Klasse seines Landes jedesmal mit Schrecken entgegen. Das gleiche Gefühl beherrschte seine Diskussionspartner, denn ideologische Widersacher gab er gern der Lächerlichkeit preis, es sei denn, sie waren wesentlich jünger als er. Gleichwohl schilderten ihn diejenigen, denen er in dieser Zeit begegnete, als gütig und heiter, ausgelassen und glänzend in der Konversation und auf eine altenglische Art höflich.

Doch wurde einer der Einflussreichen der Gleichgültigkeit gegenüber der Welt überführt, schäumte Keynes über vor moralischer Entrüstung. Dabei waren seine eigenen Arbeitsmethoden, seit er sich zu einer festen Größe im politischen Leben Englands gemausert hatte, mindestens irregulär: »Keynes tritt den Minister, der Minister tritt Wood und Wood muss Ihnen deshalb diesen Brief schreiben . . .«, tröstete ein Schatzamtsbeamter seinen Kollegen. Schließlich veröffentlichte er 1936 sein Epoche machendes Buch über Wirtschaftstheorie, und von da an hörten alle auf ihn. Mit seinem berühm-

testen Bonmot »Auf lange Sicht sind wir alle tot« handelte er sich zwar den Vorwurf wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit ein, doch sorgte er sich durchaus auch um die »wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder«. Keynes (seit 1942 Lord Keynes) starb 1946 an der letzten von vielen Herzattacken. Dem Geistlichen, der wissen wollte, ob er etwas zu bereuen habe, antwortete er: »Ich hätte mehr Champagner trinken sollen.«

Wie war es möglich, dass es einem einzelnen in unserer komplexen Welt gelingen konnte, einer ganzen Epoche derart seinen Stempel aufzudrücken? Natürlich empfanden diejenigen, die ihm wirtschaftspolitisch gefolgt sind, seine unbekümmerte Hinwendung zu realen Problemen geradezu als Erlösung aus dogmatischem Schlummer. Nach Keynes fühlten sich die meisten Volkswirte moralisch verpflichtet, ihre theoretischen Vorstellungen von Zeit zu Zeit auch einmal auf Praktikabilität zu überprüfen. Aber es war mehr als das. 1972 berichtete der Volkswirt Austin Robinson von seiner ersten Begegnung mit Keynes kurz nach dem Ersten Weltkrieg: »Ich habe ihn noch als jungen Mann auf dem Katheder in Erinnerung. Seine flammende Empörung über die Welt, seine Sorge um die ganze Welt, das Gefühl für die Wichtigkeit bestimmter Dinge, das er uns vermittelte – das haftet noch heute. Von Keynes lernten wir, dass wir über die Welt nachzudenken, dass wir für die Welt zu sorgen hatten . . . und wenn wir nicht über die Welt nachdenken wollten, würde es auch kein anderer tun.«

Von Stund an wusste er, so Robinson, dass Volkswirtschaft sein Fach war – und nicht Altphilologie.

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nichtverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †, Lothar Vogel †

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
Badstr. 35, D-73087 Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Fax (0 71 64) 70 34, E-mail info@sffo.de
Internet www.sffo.de

Preis: Jahresabonnement Euro 25,—, sfr. 40,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: Euro 15,—, sfr. 25,— (einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: Euro 5,—, sfr. 8,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von Euro 60,—, sfr. 100,— pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr Euro 5,—, srf. 8,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011, BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004, BLZ 600 697 66

Postbank: Frankfurt am Main 26 14 04-602, BLZ 500 100 60
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

ISSN 0015-928 X
Satz: Mediendesign Späth GmbH, 73102 Birenbach
Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach
Printed in Germany